

Flächennutzungs- mit Landschaftsplan- Deckblatt Nr. 19

umweltbezogene Stellungnahmen

Regierung von Niederbayern



Regierung von Niederbayern - Postfach - 84023 Landshut

Per E-Mail

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Straße 32
84082 Laberweinting

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom
03.12.2024

Unser Zeichen (bitte angeben)
Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter
RNB-24-8314.1.9-15-38-5
Sabine Hartmann

Telefon
E-Mail
+49 871 808 - 1341
Sabine.Hartmann@reg-nb.bayern.de

Landshut,
16.01.2025

Gemeinde Laberweinting, Landkreis Straubing-Bogen Aufstellung des Bebauungsplanes "SO Solarpark Poschenhof" Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Laberweinting beabsichtigt mit der Aufstellung des Bebauungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Anlage in einem Umfang von ca. 39,5 ha zu schaffen. Ursprünglich war ein Umfang von 45,4 ha angedacht. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 19 erfolgt im Parallelverfahren.

Die höhere Landesplanungsbehörde bei der Regierung von Niederbayern hat mit Schreiben vom 07.05.2024 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zum geplanten Vorhaben bereits Stellung genommen. Dabei wurde angemerkt, dass mittlerweile eine starke Konzentration von Photovoltaikanlagen in diesem Teilbereich der Gemeinde Laberweinting vorliegt. Daher sollte in den Planungsunterlagen erläutert und ergänzt werden, ob in der Gemeinde Alternativstandorte zur Verfügung stehen und ob kumulative bzw. Wechselwirkungen mit den bereits bestehenden und geplanten PV-Anlagen „Hofkirchen“ und „Krenberg“ zu erwarten sind. Gemäß überarbeiteten Planungsunterlagen ist eine Summationswirkung der PV-Anlagen hinsichtlich einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die vorgesehenen Eingrünungsmaßnahmen ausgeschlossen und Alternativstandorte stehen im Gemeindegebiet derzeit nicht zur Verfügung. Die Abwägungen werden zur Kenntnis genommen.

Hauptgebäude	Regierungsplatz 540	84028 Landshut	Telefon	E-Mail	Besuchszeiten
Ämtergebäude	Gestütstraße 10	84028 Landshut	+49 871 808-01	poststelle@reg-nb.bayern.de	Mo-Do: 08:30 - 11:45 Uhr 14:00 - 15:30 Uhr
Münchner Tor	Innere Münchener Straße 2	84028 Landshut	Telefax	Internet	Fr: 08:30 - 11:45 Uhr
Lurzenhof	Am Lurzenhof 3	84036 Landshut	+49 871 808-1002	www.regierung.niederbayern.bayern.de	oder nach Vereinbarung
Öffentliche Verkehrsmittel					
zum Hauptgebäude 2, 3, 5, 6, 7, 14 (Haltestelle Regierungsplatz / Maximilianstraße)					zum Münchner Tor 1, 7, 10 (Haltestelle Grätzberg / Griesewiese)
zum Ämtergebäude 3, 5, 6, 7, 14 (Haltestelle Amtsgericht / Hauptfriedhof)					zum Lurzenhof 3, 14 (Haltestelle Am Lurzenhof)

Um die Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu minimieren, sind die grünordnerischen Maßnahmen (Eingrünung) mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen (vgl. RP 12 B II 1.3). Hierauf wird nochmals hingewiesen.

Da gemäß Planungsunterlagen keine kumulative bzw. Wechselwirkungen mit den bereits bestehenden und geplanten PV-Anlagen zu erwarten sind und es keine Alternativstandorte gibt, werden Erfordernisse der Raumordnung der Planung nicht entgegen gehalten.

Hinweise:

Wir bitten darum, künftig regelmäßig Beschlussbuchauszüge zu übermitteln, damit wir nachvollziehen können, wie im Rahmen der Abwägung mit den von uns eingebrachten Aspekten umgegangen wurde.

Wir bitten darum, uns zur Pflege der Planzentrale und des Rauminformationssystems nach Inkrafttreten von Bauleitplänen bzw. städtebaulichen Satzungen eine Endausfertigung sowohl auf Papier als auch in digitaler Form mit Angabe des Rechtskräftigkeitsdatums zukommen zu lassen. Wir verweisen hierbei auf unser Schreiben „Mitteilung rechtskräftig gewordener Bauleitpläne und städtebaulicher Satzungen“ vom 08.12.2021. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hartmann

Regierung von Niederbayern



Regierung von Niederbayern - Postfach - 84023 Landshut

Per E-Mail

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Straße 32
84082 Laberweinting

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom

03.12.2024

Unser Zeichen (bitte angeben)
Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter
RNB-24-8314.1.9-15-37-5
Sabine Hartmann

Telefon
E-Mail
+49 871 808 - 1341
Sabine.Hartmann@reg-nb.bayern.de

Landshut,
16.01.2025

Gemeinde Laberweinting, Landkreis Straubing-Bogen Änderung des Flächennutzungsplanes "SO Solarpark Poschenhof" Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Laberweinting beabsichtigt mit der Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 19, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Anlage in einem Umfang von ca. 39,5 ha zu schaffen. Ursprünglich war ein Umfang von 45,4 ha angedacht. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“ erfolgt im Parallelverfahren.

Die höhere Landesplanungsbehörde bei der Regierung von Niederbayern hat mit Schreiben vom 07.05.2024 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zum geplanten Vorhaben bereits Stellung genommen. Dabei wurde angemerkt, dass mittlerweile eine starke Konzentration von Photovoltaikanlagen in diesem Teilbereich der Gemeinde Laberweinting vorliegt. Daher sollte in den Planungsunterlagen erläutert und ergänzt werden, ob in der Gemeinde Alternativstandorte zur Verfügung stehen und ob kumulative bzw. Wechselwirkungen mit den bereits bestehenden und geplanten PV-Anlagen „Hofkirchen“ und „Krenberg“ zu erwarten sind. Gemäß überarbeiteten Planungsunterlagen ist eine Summationswirkung der PV-Anlagen hinsichtlich einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die vorgesehenen Eingrünungsmaßnahmen ausgeschlossen und Alternativstandorte stehen im Gemeindegebiet derzeit nicht zur Verfügung. Die Abwägungen werden zur Kenntnis genommen.

Hauptgebäude	Regierungsplatz 540	84028 Landshut	Telefon	E-Mail	Besuchszeiten
Ämtergebäude	Gestütsstraße 10	84028 Landshut	+49 871 808-01	poststelle@reg-nb.bayern.de	Mo-Do: 08:30 - 11:45 Uhr
Münchner Tor	Innere Münchener Straße 2	84028 Landshut	Telefax	Internet	14:00 - 15:30 Uhr
Lurzenhof	Am Lurzenhof 3	84036 Landshut	+49 871 808-1002	www.regierung.niederbayern.bayern.de	Fr: 08:30 - 11:45 Uhr oder nach Vereinbarung
Öffentliche Verkehrsmittel					
zum Hauptgebäude 2, 3, 5, 6, 7, 14 (Haltestelle Regierungsplatz / Maximilianstraße)					zum Münchner Tor 1, 7, 10 (Haltestelle Grätzberg / Grieswiese)
zum Ämtergebäude 3, 5, 6, 7, 14 (Haltestelle Amtsgericht / Hauptfriedhof)					zum Lurzenhof 3, 14 (Haltestelle Am Lurzenhof)

Um die Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu minimieren, sind die grünordnerischen Maßnahmen (Eingrünung) mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen (vgl. RP 12 B II 1.3). Hierauf wird nochmals hingewiesen.

Da gemäß Planungsunterlagen keine kumulative bzw. Wechselwirkungen mit den bereits bestehenden und geplanten PV-Anlagen zu erwarten sind und es keine Alternativstandorte gibt, werden Erfordernisse der Raumordnung der Planung nicht entgegengehalten.

Hinweise:

Wir bitten darum, künftig regelmäßig Beschlussbuchauszüge zu übermitteln, damit wir nachvollziehen können, wie im Rahmen der Abwägung mit den von uns eingebrachten Aspekten umgegangen wurde.

Wir bitten darum, uns zur Pflege der Planzentrale und des Rauminformationssystems nach Inkrafttreten von Bauleitplänen bzw. städtebaulichen Satzungen eine Endausfertigung sowohl auf Papier als auch in digitaler Form mit Angabe des Rechtskräftigkeitsdatums zukommen zu lassen. Wir verweisen hierbei auf unser Schreiben „Mitteilung rechtskräftig gewordener Bauleitpläne und städtebaulicher Satzungen“ vom 08.12.2021. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hartmann



Landratsamt Straubing-Bogen · Postfach 0463 · 94304 Straubing

Straubing, 13.01.2024

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Straße 32
84082 Laberweinting

Bauverwaltung
AZ: 23-610-BP-2024-74
23-610-BP-2024-79

Ihr Ansprechpartner
H. Bergmaier
Zimmer 235
Tel. 09421/973-255
Fax 09421/973-252
bergmaier.walter@landkreis-straubing-bogen.de

Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB);

Aufstellung eines Bebauungs- und Grünordnungsplanes SO Solarpark Poschenhof
Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans durch Deckblatt Nr. 19
2. Beteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o. g. Bauleitplanung, jeweils in der Fassung vom 07.10.2024 wird wie folgt Stellung genommen:

1. Belange der Wasserwirtschaft und wasserrechtliche Beurteilung:

Die Stellungnahme vom 03.06.2024 im Rahmen der 1. Beteiligung gilt weiterhin.

2. Belange des Immissionsschutzes:

Folgende Punkte sind aus immissionsschutzfachlicher Sicht zur Planung anzumerken:

- Wie bereits mit Stellungnahme vom 03.06.2024 mitgeteilt stimmen die im beigelegten Gutachten zur Analyse der Blendwirkung (Zehndorfer Engineering, Gutachten ZE23199, November 2023) untersuchten Flächen nicht vollständig mit der Planfläche überein.
- Ebenso wird erneut darauf hingewiesen, dass gemäß den Hinweisen zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz eine erhebliche Belästigung im Sinne des BlmSchG durch die maximal mögliche astronomische Blenddauer vorliegen kann, wenn diese bei mindestens 30 Minuten am Tag oder 30 Stunden pro Kalenderjahr liegt.
Im vorliegenden Fall errechnen sich lt. beiliegendem Gutachten für den Immissionsort 1 („Poschenhof 1“) Werte für die Kernblendung von 35 min/d und 66 h/a, wodurch

Landratsamt Straubing-Bogen

Leutnerstraße 15 · 94315 Straubing
Tel. 09421/973-0
landratsamt@landkreis-straubing-bogen.de
www.landkreis-straubing-bogen.de

Sprechzeiten

Montag bis Freitag: 7:45 – 12:00 Uhr
Montag: 13:00 – 16:00 Uhr
Dienstag: 13:00 – 16:00 Uhr, nur KFZ-
Zulassung und Führerscheinwesen.
Donnerstag: 13:00 – 17:00 Uhr

Schalterschluss in der
Zulassungsstelle eine halbe
Stunde vor Ende der Sprechzeit.

schädliche Umwelteinwirkungen zu besorgen sind. Der Gutachter schlägt „lokale Abschattungsmaßnahmen“, wie etwa Jalousien, vor, um diesem Sachverhalt zu begegnen.

In Punkt E der Unterlagen wird dazu weiter ausgeführt, dass zwischen dem Anlieger und dem Vorhabenträger eine schriftliche Vereinbarung getroffen worden sei, in der sich der Anlieger ausdrücklich damit einverstanden erklärt, die durch den Betrieb des Solarparks möglicherweise auftretenden Blendwirkungen zu akzeptieren.

Es ist jedoch nicht möglich, auf den Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu verzichten. Die beschriebene Vereinbarung zwischen dem Anlieger und dem Vorhabenträger mag privatrechtlich Auswirkungen haben, die öffentlich-rechtlichen Vorgaben können dadurch jedoch nicht umgangen werden.

Zu berücksichtigen ist hierbei auch, dass sich die beteiligten Personen (Betreiber der Anlage sowie der Bewohner des Immissionsortes) im Zeitverlauf ändern können. Aus fachtechnischer Sicht wird weiterhin empfohlen, Maßnahmen im Bebauungsplan festzusetzen, die im Zugriffsbereich des Anlagenbetreibers liegen und die gewährleisten können, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen auftreten (z. B. Anbringen von Netzen am Zaun).

3. Naturschutzfachliche Belange:

Zum Bebauungsplan-Entwurf

Zur Eingriffsregelung

Die Umsetzung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung für das gegenständliche Bebauungsplanverfahren erfolgt anhand des Schreibens der Obersten Baubehörde vom 19.11.2009 zur bau- und landesplanungsrechtlichen Behandlung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Es errechnet sich ein Ausgleichserfordernis von 61.379 m².

Mit der Anwendung der Eingriffsregelung besteht soweit Einverständnis. Der Ausgleich wird auf Flächen innerhalb des Geltungsbereichs durch die Anlage von extensivem Grünland, sowie in Teilbereichen mit Strauchheckenpflanzungen erbracht. Durch die geplanten Maßnahmen stehen 61.379 m² zur Verfügung. Abzüglich des notwendigen Ausgleichsbedarfs ergibt sich somit ein vollumfänglicher Ausgleich.

Zum Artenschutz

Die Errichtung der PV-Anlage führt zum Verlust von drei Brutrevieren der Feldlerche. Um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1- 3 BNatSchG zu vermeiden, sind entsprechende Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen durchzuführen. So hat die Baufeldfreimachung zur Vermeidung der Tötung immobiler Jungvögel oder bebrüteter Eier außerhalb der Brutzeit (01.10. –28.02.) zu erfolgen. Zum Auffangen des auftretenden Funktionsverlustes ist die Entwicklung von Ausweichhabitaten für drei Brutpaare im funktionalen Zusammenhang zum Eingriffsort mit Umsetzung der Maßnahmen und deren Wirksamkeit bis spätestens direkt vor Baubeginn vorzusehen.

Die Ausgleichsflächen sind soweit rechtlich zu sichern. Eine gesonderte Sicherung ist nicht erforderlich, wenn die Flächen im Eigentum der Gemeinde sind oder im Bebauungsplan gesichert werden. Ist dies nicht der Fall, muss spätestens bis zum Satzungsbeschluss die Ausgleichsfläche dinglich gesichert werden. Dies geschieht durch Eintragung von Unterlassungs- und Handlungspflichten des Grundstückseigentümers in das Grundbuch. Die dingliche Sicherung wird als beschränkt persönliche Dienstbarkeit gemäß § 1090 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) und zusätzlich wird der Ausgleich je nach Zweck als Reallast gemäß § 1105 BGB ausgestaltet.

Rotierende Maßnahmenflächen sind durch institutionelle Sicherung mittels einer Pflege- und Belebensvereinbarung zwischen der Gemeinde und einem geeignetem Träger (z.B. Landschaftspflegeverband Straubing-Bogen) zu sichern.

Mit den im Umweltbericht beschriebenen CEF-Maßnahmen besteht aus naturschutzfachlicher Sicht Einverständnis. In den textlichen Festsetzungen sollte jedoch noch ergänzt werden, dass die CEF-Maßnahmen gemäß den Ausführungen im Umweltbericht durchzuführen sind.

Fazit

Mit den Planunterlagen besteht aus naturschutzfachlicher Sicht Einverständnis, wenn in den textlichen Festsetzungen ergänzt wird, dass die CEF-Maßnahmen gemäß den Ausführungen im Umweltbericht durchzuführen sind.

Zum Flächennutzungsplan- und Landschaftsplan-Deckblatt-Entwurf

Die Eingriffsregelung wird über den sich im Parallelverfahren befindenden vorhabensbezogenen Bebauungsplan „SO Solarpark Poschenhof“ abgewickelt.

Auf vorstehende Ausführungen hierzu wird verwiesen. Die dort genannten Punkte gelten entsprechend.

Mit der vorliegenden Änderung durch Deckblatt 19 des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplan besteht aus naturschutzfachlicher Sicht Einverständnis.

4. Belange der Bodendenkmalpflege:

Die Stellungnahme vom 03.06.2024 im Rahmen der 1. Beteiligung gilt weiterhin.

5. weitere, vom Landratsamt zu vertretende Belange:

Zu o.a. Bauleitplanung bestehen aus städtebaulicher, bodenschutzrechtlicher, straßenbau- und verkehrstechnischer sowie aus siedlungshygienischer Sicht keine Einwände.

6. Bauplanungsrechtliche Hinweise:

Die bauplanungsrechtlichen Hinweise vom 03.06.2024 zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Rahmen der 1. Beteiligung gelten weiterhin.

Mit freundlichen Grüßen

S e i s s l e r
Regierungsrat

Amt für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Deggendorf-Straubing



AELF-DS • Amansir. 21a • 94469 Deggendorf

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
610-, vom 03.12.24

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Str. 32
84082 Laberweinting

Unser Zeichen, Bitte bei Antwort angeben
AELF-DS-L2.2-4612-44-25-2

Name
Katharina Schindlbeck

Per Mail: sabine.zellmeier@laberweinting.de

Telefon
09421/ 8006- 1228

Straubing, 14.01.2025

**Vollzug der Baugesetze;
Änderung des Flächennutzungs- mit Landschaftsplans durch DB Nr.
19; Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- mit Grünord-
nungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“;
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
nach § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur oben genannten Bauleitplanung nimmt das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Deggendorf-Straubing wie folgt Stellung:

Mit der vorgelegten Planung wird die bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Gemarkung Hofkirchen mit einer Gesamtfläche von ca. 39,5 ha überplant. Die Fläche dient zur Errichtung von einer Freiflächen- PV- Anlage.

Wir weisen darauf hin, dass es sich bei der überplanten Fläche teilweise um landwirtschaftliche Böden mit überdurchschnittlicher Bonität handelt (Fl. Nr. 936 teilweise). Diese sind laut der Themenplattform für das Planen und Genehmigen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen

(<https://www.energieatlas.bayern.de/sites/default/files/Hinweise%20Standorteignung%20Stand%202012.03.2024.pdf>)

generelle Ausschlussflächen.

Sie sollen für die Nahrungsmittelproduktion freigehalten werden.

Öffentliche Belange, die das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu vertreten hat, werden durch die vorgelegte Planung in den textlichen Hinweisen unter Punkt C. „Landwirtschaft“ und in den textlichen Festsetzungen unter Punkt 0.1.4 „Folgenutzung“ berücksichtigt. Außerdem finden unsere Belange Berücksichtigung in der Begründung unter E) Sonstiges, Punkt „Landwirtschaft“.

Seite 1 von 2

Mit freundlichen Grüßen

gez. Katharina Schindlbeck
Landwirtschaftsrätin

O

O



WWA Deggendorf - Postfach 20 61 - 94460 Deggendorf

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Straße 32
84082 Laberweinting

Ihre Nachricht
03.12.2024

Unser Zeichen
2-4622-SR-144-
42990/2024

Bearbeitung +49 (991) 2504-110
Benjamin Rehm

Datum
18.12.2024

Bauleitplanung, FPlan D 19, Bebplan "SO Solarpark Poschenhof", öffentliche Beteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 03.12.2024 haben Sie uns erneut am Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Poschenhof“ und zur Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 19 beteiligt.

Wesentliche Änderungen sind aus den aktuellen Planungsunterlagen nicht ersichtlich. Unsere Stellungnahme vom 28.05.2024 gilt weiterhin.

Mit freundlichen Grüßen

Benjamin Rehm





TRINKWASSER BAYERN

Unser Wasser - Unser Leben

Wasserzweckverband Mallersdorf

Körperschaft des öffentlichen Rechts



Wasserzweckverband Mallersdorf
Ettersdorf 3 · 84066 Mallersdorf-Pfaffenberg

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Str. 32
84082 Laberweinting

per mail: sabine.zellmeier@laberweinting.de

Kundennummer:

Ihr Zeichen: 610

Ihre Nachricht vom: 03.12.2024

Unser Zeichen: 930

Unsere Nachricht vom:

Sachbearbeiter: H. Singer

Telefon: 08772 9621- 30

Telefax: 08772 9621-25

E-Mail: singer@wzv-mallersdorf.de

Datum: 10.12.2024

Bauleitplanung; öffentliche Beteiligung

Änderung des Flächennutzungs- mit Landschaftsplans durch Deckblatt Nr. 19 und Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- mit Grünordnungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“
Beteiligung als Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Grau,
sehr geehrte Frau Zellmeier,

das unter anderem beplante Grundstück mit der Fl.-Nr. 936 (TF), Gem. Hofkirchen ist mit einem Grundstücksanschluss für die Versorgung mit Trink- und Brauchwasser an unsere Wasserversorgungsanlage angeschlossen. In diesem Grundstück befindet sich auch die Wasserleitung PVC 50, welche nicht überbaut werden darf und eine Schutzstreifenbreite von 4 m einzuhalten ist.

Die weiteren beplanten Grundstücke mit den Flurnummern 938, 939, 940 (TF), 1112, 1112/2, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1130 (TF), 1132, 1132/2, 1133, 1134, 1135, 1156, 1156/1, 11157, 1157/1 der Gemarkung Hofkirchen sind von einer Wasserversorgungsleitung des Wasserzweckverbandes nicht erschlossen, siehe beiliegenden Leitungsplan. Eine Versorgung dieser Grundstücke mit Trink-, Brauch- und Löschwasser ist daher nicht möglich. Es besteht für die Grundstücke auch kein Anschlussrecht nach § 4 Wasserabgabesatzung.

Laut 3.3.2 in der Begründung des Flächennutzungsplanes Deckblatt Nr. 19 ist ein Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung nicht notwendig und nicht vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen

Singer

Anlage:
1 Leitungsplan

Wasserzweckverband Mallersdorf
Ettersdorf 3
84066 Mallersdorf-Pfaffenberg

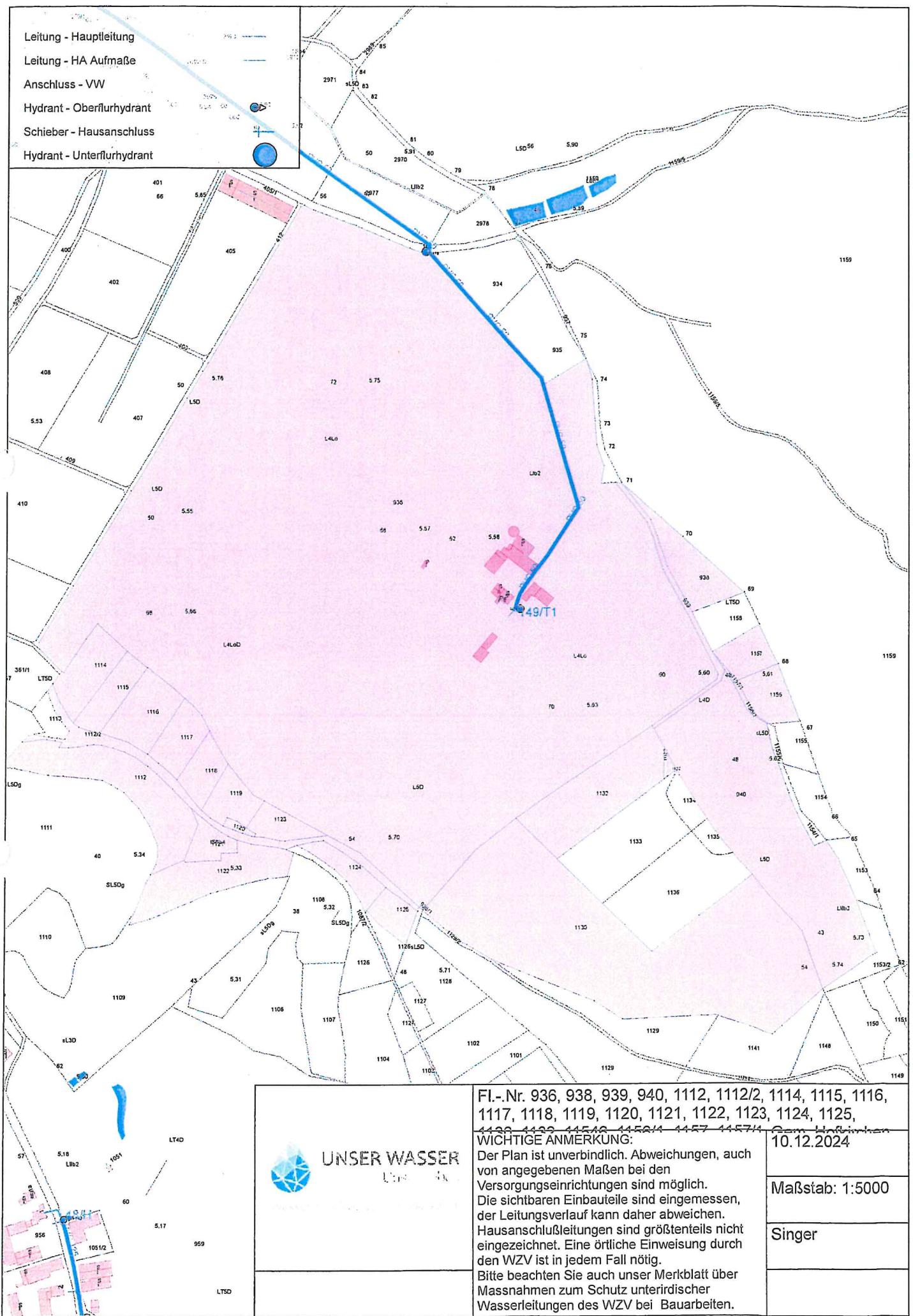
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Steuer-Nr.: 162/114/90156
Ust-IdNr.: DE131462061

Telefon: 08772 9621-0
Telefax: 08772 9621-25
Internet: www.wzv-mallersdorf.de
E-Mail: info@wzv-mallersdorf.de

Öffnungszeiten: Montag - Donnerstag
von 8.00 bis 12.00 und 13.00 bis 16.30 Uhr
Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr

Bankverbindung Sparkasse Mallersdorf:
BIC: BYLADEM1AH
IBAN: DE49 7435 0000 0005 0057 01

Bankverbindung Raiffeisenbank
Geiselhöring-Pfaffenberg
BIC: GENODEF1GPF
IBAN: DE82 7436 9088 0000 8103 04



Sabine Zellmeier

Von: kbr-weber@t-online.de
Gesendet: Mittwoch, 4. Dezember 2024 13:09
An: Sabine Zellmeier
Betreff: AW: Bauleitplanung, FPlan D 19, Bebplan "SO Solarpark Poschenhof", öffentliche Beteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren

Zu das oben genannte Objekt ist am 22.04.2024 eine Stellungnahme von derzeitigen KBR Uttendorfer rausgegangen und hat somit noch ihre Gültigkeit

Von Seiten der Feuerwehr kommen keine weiteren Forderungen hinzu.

Für weitere Fragen stehe ich gerne zu Verfügung.

O,

Mit freundlichen Grüßen
Markus Weber
KBR des Landkreis Straubing – Bogen

Kirchenweg 9
94360 Mitterfels

Tel.: +49 (0)9961-7003063
Fax: +49 (0)9961-9434859
Handy: +49 (0)1714781353
Email: kbr-weber@t-online.de

Von: Sabine Zellmeier <Sabine.Zellmeier@laberweinting.de>
Gesendet: Dienstag, 3. Dezember 2024 10:49
Betreff: Bauleitplanung, FPlan D 19, Bebplan "SO Solarpark Poschenhof", öffentliche Beteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Bitte um Stellungnahme zu o. g. Bauleitplanung bis spätestens 24.01.2025.

Die Unterlagen können unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.kommsafe.de/public/download-shares/V91kvt7VCJbTbGrdwhsbTmePmcgMaeK9>

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Zellmeier



Landshuter Straße 32

84082 Laberweinting
T +49 (0)8772 / 9619-20
F +49 (0)8772 / 9619-30
sabine.zellmeier@laberweinting.de
www.laberweinting.de

Sparkasse Landshut
IBAN: DE36 7435 0000 0005 3013 00 BIC: BYLADEM1LAH

Raiffeisenbank Geiselhöring-Pfaffenberge eG
IBAN: DE78 7436 9088 0000 0400 02 BIC: GENODEF1GPF



Bayernwerk Netz GmbH, Eugenbacher Str. 1, 84032 Altdorf

Gemeinde Laberweinting
Postfach 40
84030 Laberweinting

Bauleitplanung, FPlan D 19, Bebplan "SO Solarpark Poschenhof", öffentliche Beteiligung

Ihr Schreiben vom 03.12.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen das o. g. Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

Mit dem Schreiben vom 24.04.2024 – Zeichen TOAP Ge 11343 haben wir von der Bayernwerk Netz GmbH bereits eine weiterhin gültige Stellungnahme zum Verfahren abgegeben.

In dem von Ihnen überplanten Bereich befinden sich von uns betriebene Versorgungseinrichtungen.

Losgelöst von möglichen Festlegungen zu einem Netzanschluss- bzw. Verknüpfungspunkt mit dem Stromnetz der allgemeinen Versorgung im Rahmen dieser Bauleitplanung erfolgt diese Festlegung ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben wie z.B. EEG, KWK-G.

Auskünfte zur Lage der von uns betriebenen Versorgungsanlagen können Sie online über unser Planauskunftsportal einholen. Das Portal erreichen Sie unter:
www.bayernwerk-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html

Wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung. Wir bitten Sie, uns bei weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.

Freundliche Grüße
Bayernwerk Netz GmbH
Planung, Bauausführung & Netzkundenbetrieb.
Daniel Gebert
Digital unterschrieben
von Daniel Gebert
Datum: 2024.12.03
14:54:27 +01'00'
i.A. Daniel Gebert

Bayernwerk Netz GmbH

Kundencenter Altdorf
Eugenbacher Str. 1
84032 Altdorf

www.bayernwerk-netz.de

Ihr Ansprechpartner

Daniel Gebert
Planung, Bauausführung &
Netzkundenbetreuung
T +49 871 96639255
daniel.gebert@bayernwerk.de
Unser Zeichen: TOAP Ge 13203

Datum

3. Dezember 2024

Sitz: Regensburg
Amtsgericht Regensburg
HRB 9476

Geschäftsführer
Gudrun Alt
Dr. Joachim Kabs
Robert Pflügl

Sabine Zellmeier

Von: Planauskunft Leonet <planauskunft@leonet.de>
Gesendet: Dienstag, 3. Dezember 2024 12:23
An: Sabine Zellmeier
Betreff: AW: Bauleitplanung, FPlan D 19, Bebplan "SO Solarpark Poschenhof", öffentliche Beteiligung
Anlagen: SnipImage.JPG

Sehr geehrte Frau Zellmeier,

im von Ihnen angefragten Gebiet befindet sich eine Trasse der LEONET GmbH.

Planunterlagen anbei.

Aufgrund teils fehlender Einmessdaten können wir Ihnen hier leider keine detailliertere Auskunft erteilen. Für die genaue Lage wird keine Gewähr übernommen.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Koneberg

Construction Coordination Bayern - Backoffice



INFRAFIBRE NETWORKS GmbH

Hauptsitz: Edlmairstr.1 | 94469 Deggendorf

Telefon: 0991 / 98290 5132

Mobil + 49 (0) 151 18819628

claudia.koneberg@leonet.de • www.leonet.de

Sitz der Gesellschaft: 94469 Deggendorf | Amtsgericht Deggendorf HRB 4071

Ust.-Ident-Nr.: DE29 5185 357

EIN UNTERNEHMEN DER INFRAFIBRE GERMANY



Wir arbeiten nach dem SARS-CoV-2-Arbeitssicherheitsstandard.

Diese E-Mail und ihre möglichen Dateianhänge enthalten vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser E-Mail ist nicht gestattet.

This e-mail and its possible attachment may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and destroy this e-mail. Any unauthorized copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail is strictly forbidden.

Von: Sabine Zellmeier <Sabine.Zellmeier@laberweinting.de>

Gesendet: Dienstag, 3. Dezember 2024 10:49

Betreff: Bauleitplanung, FPlan D 19, Bebplan "SO Solarpark Poschenhof", öffentliche Beteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Bitte um Stellungnahme zu o. g. Bauleitplanung bis **spätestens 24.01.2025.**

Die Unterlagen können unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.kommsafe.de/public/download-shares/V91kvt7VCJbTbGrdwhsbTmePmcgMaeK9>

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Zellmeier

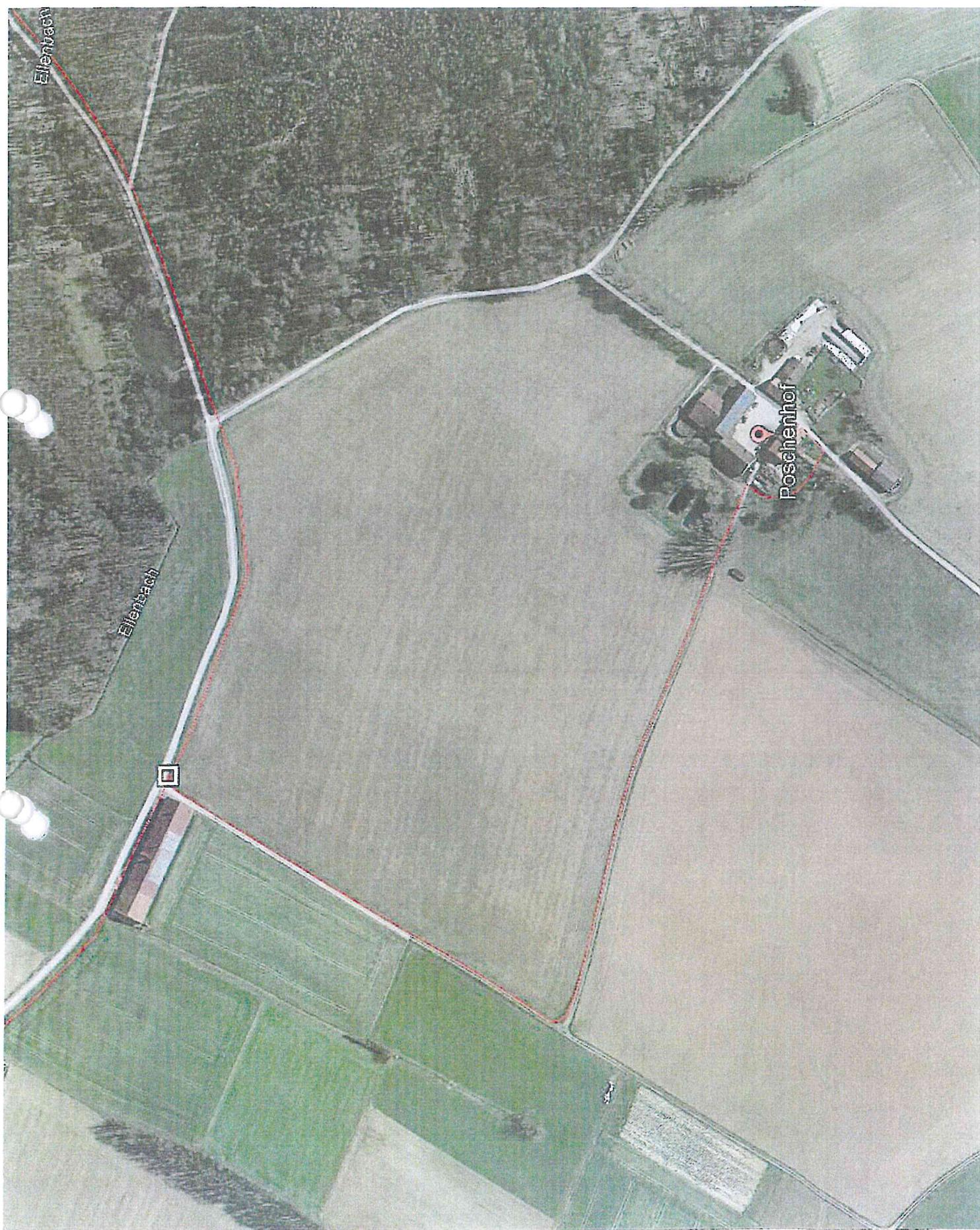


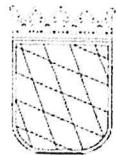
GEMEINDE
LABERWEINTING

Landshuter Straße 32
84082 Laberweinting
T +49 (0)8772 / 9619-20
F +49 (0)8772 / 9619-30
sabine.zellmeier@laberweinting.de
www.laberweinting.de

Sparkasse Landshut
IBAN: DE36 7435 0000 0005 3013 00 BIC: BYLADEM1LAH

Raiffeisenbank Geiselhöring-Pfaffenberge eG
IBAN: DE78 7436 9088 0000 0400 02 BIC: GENODEF1GPF





AELF-DS • Amanstr. 21a • 94469 Deggendorf

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
610-, vom 22.04.24

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Str. 32
84082 Laberweinting

Unser Zeichen, Bitte bei Antwort angeben
AELF-DS-L2.2-4612-44-18-2

Name
Katharina Schindlbeck

Per Mail: sabine.zellmeier@laberweinting.de

Telefon
09421/ 8006- 1228

Straubing, 10.06.2024

**Vollzug der Baugesetze;
Änderung des Flächennutzungs- mit Landschaftsplans durch DB Nr.
19; Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- mit Grünord-
nungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“;
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
nach § 3 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur oben genannten Bauleitplanung nimmt das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Deggendorf-Straubing wie folgt Stellung:

Mit der vorgelegten Planung wird die bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Gemarkung Hofkirchen mit einer Gesamtfläche von ca. 45 ha überplant. Die Fläche dient zur Errichtung von einer Agri- PV- Anlage.

Falls eine Agri-PV gem. DIN SPEC 91434 (2021-05) geplant ist, sind Anforderungen an die landwirtschaftliche Hauptnutzung einzuhalten:

Auszug aus den Anforderungen der DIN SPEC 91434:

Die bisherige landwirtschaftliche Nutzbarkeit der Fläche muss unter Berücksichtigung des Flächenverlusts erhalten bleiben.

Der Verlust an landwirtschaftlich nutzbarer Fläche durch Aufbauten und Unterkonstruktionen darf höchstens 10 % der Gesamtprojektfläche bei Kategorie I und höchstens 15 % bei Kategorie II betragen.

Eine Nutzungsänderung von einjährigen, mehrjährigen, überjährigen und Dauerkulturen zu Dauergrünland ist nicht möglich.

Die PV-Module müssen gleichmäßig auf der Gesamtfläche installiert und verteilt werden.

Mindestens 66 % des Ertrags der Kulturpflanze einer Fläche ohne Solaranlage müssen erreicht werden.

Seite 1 von 2

Ein landwirtschaftliches Nutzungskonzept nach DIN SPEC sollte Bestandteil des Bauantrags sein.

Zertifizierung nach DIN SPEC 91434 für Netzbetreiber + Fol gegutachten alle 3 Jahre.

Idealerweise ist eine Bescheinigung einer zugelassenen Zertifizierungsstelle nach DIN SPEC im Bauantrag beigefügt.

Außerdem sind Hinweise zum Bodenschutz laut DIN SPEC zu beachten.

Wir bitten darum genauere Ausführungen zur landwirtschaftlichen Hauptnutzung anzugeben.

Eingriffsregelung (Ausgleichsfläche):

Die Ausführungen zur Eingriffsregelung werden derzeit ressortübergreifend abgestimmt. Deshalb soll die Höhe der Ausgleichsfläche erst festgelegt werden, wenn die neue Fassung veröffentlicht ist (voraussichtlich im Herbst 2024).

Öffentliche Belange, die das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu vertreten hat, werden durch die vorgelegte Planung in den textlichen Hinweisen unter Punkt E. „Landwirtschaft“ und in den textlichen Festsetzungen unter Punkt 0.1.4 „Folgenutzung“ berücksichtigt. Außerdem finden unsere Belange Berücksichtigung in der Begründung unter E) Sonstiges, Punkt „Landwirtschaft“.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Katharina Schindlbeck
Landwirtschaftsamtsrätin



Landratsamt Straubing-Bogen · Postfach 0463 · 94304 Straubing

Straubing, 03.06.2024

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Straße 32
84082 Laberweinting

Bauverwaltung
AZ: 23-610-BP-2024-74
23-610-BP-2024-79

Ihr Ansprechpartner
H. Bergmaier

Zimmer 235
Tel. 09421/973-255
Fax 09421/973-252
bergmaier.walter@landkreis-straubing-bogen.de

**Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB);
Aufstellung eines Bebauungs- und Grünordnungsplanes SO Solarpark Poschenhof
Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans durch Deckblatt Nr. 19
1. Beteiligung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o. g. Bauleitplanung, jeweils in der Fassung vom 19.06.2023 wird wie folgt Stellung genommen:

1. Städtebauliche Belange:

Die landwirtschaftliche Hofstelle auf Fl.Nr. 936 liegt innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes.

Grundsätzlich gelten damit auch hier die Festsetzungen des Sondergebiets zu Art und Maß der baulichen Nutzung sowie zu den überbaubaren Grundstücksflächen. Zwar ist in den planlichen Hinweisen unter Ziffer 10.7 eine Fläche gemischter Nutzung dargestellt, es fehlen aber Festsetzungen, die eine potentielle bauliche Erweiterung des landw. Betriebes beinhalten.

Beispielsweise sind keine überbaubaren Grundstücksflächen (Baugrenzen) festgesetzt. Auch die Einschränkungen, die sich aus den textlichen Festsetzungen 0.1.1.2 oder 0.1.6.1 ergeben, sind grundsätzlich heranzuziehen.

Eine Überarbeitung der Planung wird diesbezüglich angeregt.

2. Belange der Wasserwirtschaft und wasserrechtliche Beurteilung:

- Der Planungsbereich liegt weder in einem festgesetzten, vorläufig gesicherten oder ermittelten Überschwemmungsgebiet, jedoch in einem wassersensiblen Bereich.

Als wassersensible Bereiche werden alle Gebiete bezeichnet, innerhalb derer die anstehenden Böden durch den Einfluss von Wasser geprägt sind. Aufgrund der Geländeform kann es bei Starkniederschlagsereignissen zu Betroffenheit kommen. Wassersensible Bauteile sind deshalb in ausreichender Höhe über dem Gelände anzubringen. Aufgrund der Bauweise ist mit hinreichender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Fläche in ihrer Funktion als Rückhaltefläche erhalten bleibt.

2. Die Benutzung eines Gewässers (§ 9 WHG) bedarf grundsätzlich der wasserrechtlichen Erlaubnis oder der Bewilligung (§ 8 Abs. 1 Satz 1 WHG).

Für die Einleitung des Niederschlagswassers sind die Bestimmungen der Niederschlagswasserfreistellungsverordnung – NWFreiV – vom 01.01.2000, zuletzt geändert durch § 1 Nr. 367 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) und der Technischen Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser (TRENGW) vom 17.12.2008 oder in Oberflächengewässer (TRENOG) vom 17.12.2008 zu beachten.

Falls die Voraussetzungen der NWFreiV i. V. m. der TRENGW und der TRENOG nicht vorliegen, ist für das Einleiten von gesammelten Niederschlagswasser in ein Gewässer rechtzeitig vorher beim Landratsamt Straubing-Bogen die Erteilung einer wasserrechtlichen Gestattung zu beantragen.

Der Umfang der Antragsunterlagen muss den Anforderungen der Verordnung über Pläne und Beilagen in wasserrechtlichen Verfahren (WPBV) entsprechen.

Für den Fall, dass die Ableitung über ein bereits bestehendes Regenrückhaltebecken geschieht, ist dessen Aufnahmekapazität (DWA-Arbeitsblatt A 117) nachzuweisen.

3. Der natürliche Ablauf wild abfließenden Wassers darf gemäß § 37 WHG nicht nachteilig für anliegende Grundstücke verändert werden.
4. Für eine Bauwasserhaltung ist eine wasserrechtliche Gestattung erforderlich. Einzelheiten sind rechtzeitig vorher mit dem Landratsamt Straubing-Bogen, Sachgebiet Wasserrecht, Frau Harbeitner (Tel.: 09421/973-264), abzusprechen.
5. Im Übrigen wird auf die Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf vom 28.05.2024, Az.: 2-4622-SR-144-19027/2024, verwiesen.

3. Belange des Immissionsschutzes:

Folgende Punkte sind aus immissionsschutzfachlicher Sicht zur Planung anzumerken:

- Gemäß den Ausführungen in den Satzungsentwürfen soll die Planung folgende Flurstücke umfassen: 936, 938, 939, 940 (Teilfläche), 1112, 1112/2, 1113, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1130 (Teilfläche), 1132, 1132/2, 1155/1, 1156, 1156/1, 1157, 1157/1 und 1158 der Gemarkung Hofkirchen, Gemeinde Laberweinting. Im Hinblick auf den Immissionsschutz wurde den Unterlagen ein Gutachten zur Analyse der Blendwirkung (Zehndorfer Engineering, Gutachten ZE23199, November 2023) beigelegt. Bei der Prüfung des Gutachtens fällt auf, dass dieses eine Fläche für PV-Module betrachtet, die in Teilen nicht mit jener aus den Satzungsentwürfen übereinstimmt. Insbesondere wird im Gutachten auch auf den Flurnummern 337 und 1044, jeweils Gemarkung Hofkirchen, Gemeinde Laberweinting, eine PV-Anlage betrachtet, welche lt. Satzungsentwürfen nicht vorgesehen ist. Auch im

Südosten des Planbereichs stimmen die Flächen nicht abschließend überein. Die Widersprüche bzgl. der Planflächen wären auszuräumen.

- In Nr. 1.4.1 des oben genannten Gutachtens wird auf eine Autobahn Bezug genommen. Dem Unterzeichner ist im relevanten Umgriff des Vorhabens keine Autobahn bekannt.
- Bezüglich der im Gutachten untersuchten PV-Flächen auf den Flurnummern 337 und 1044 werden weitreichende Maßnahmen zur Minderung der Blendwirkung auf Verkehrswege vorgeschlagen. Hierzu darf zunächst auf Punkt 1 dieser Stellungnahme verwiesen werden. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass ein Verkehrsweg keinen Immissionsort i. S. d. BlmSchG darstellt, wodurch diese Thematik durch den Technischen Umweltschutz nicht näher geprüft wird. Dies wäre durch den jeweiligen Straßenbaulastträger zu beurteilen.
- Gemäß den Hinweisen zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz kann eine erhebliche Belästigung im Sinne des BlmSchG durch die maximal mögliche astronomische Blenddauer vorliegen, wenn diese mindestens 30 Minuten am Tag oder 30 Stunden pro Kalenderjahr beträgt. Im vorliegenden Fall errechnen sich lt. beiliegendem Gutachten für den Immissionsort 1 („Poschenhof 1“) Werte für die Kernblendung von 35 min/d und 66 h/a. Folglich sind an diesem Immissionsort schädliche Umwelteinwirkungen nicht auszuschließen. Der Gutachter verweist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit von „lokalen Abschattungsmaßnahmen“, wie etwa Jalousien. Mit diesem Vorschlag besteht v. h. kein Einverständnis. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass eine derartige Maßnahme am Immissionsort nicht im Zugriffsbereich des Anlagenbetreibers liegt und dieser somit nicht dafür sorgen kann, dass die Maßnahme zuverlässig ihre Wirkung entfalten kann. Aus immissionsschutzfachlicher Sicht ist jedoch gerade zu fordern, dass eine Anlage durch ihren Betreiber so betrieben wird, dass sie zu keinen schädlichen Umwelteinwirkungen führt. Die Planung wäre dergestalt anzupassen, dass eine Minderungsmaßnahme erarbeitet und dimensioniert wird, welche zum einen im Zugriffsbereich des Betreibers liegt und zum anderen nachweislich gewährleisten kann, dass die o.g. höchstzulässigen Werte für auftretende Blendungen unterschritten werden (z. B. Schüttung von Wällen, Anbringen von Netzen, etc.). Die entsprechend erarbeiteten Maßnahmen wären verbindlich in die Satzungen aufzunehmen.

4. Naturschutzfachliche Belange:

Zum Bebauungsplan-Entwurf

Zur Eingriffsregelung

Die Umsetzung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung für das gegenständliche Bebauungsplanverfahren erfolgt anhand des bayerischen Verfahrens „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ (BStMLU, 2. erweiterte Auflage, Januar 2003) sowie unter Einbezug der Hinweise zur bau- und landesplanerischen Behandlung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen der Obersten Baubehörde vom 19.11.2009, 14.01.2011 und 10.12.2021. Laut Planunterlagen ist die Eingriffsfläche entsprechend der Eingriffsintensität der Planung dem Versiegelungs-/Nutzungsgrad Typ B (niedriger bis mittlerer Versiegelungs- bzw. Nutzungsgrad) zuzuordnen. Laut Leitfaden fallen unter Typ B Versiegelungsgrade mit einer $GRZ \leq 0,35$. Aus den vorliegenden Planunterlagen geht keine GRZ hervor. Mit der im Plan festgesetzten Grundfläche von 214.651 m² ergibt sich jedoch rechnerisch eine GRZ von größer als 0,35. Eine Zuordnung zu Typ B und somit ein Kompensationsfaktor von 0,2 kann demnach nicht akzeptiert werden.

Nach einer aktuellen Klarstellung der Regierung von Niederbayern zur Ermittlung des Eingriffs- bzw. Kompensationsfaktors ist bei Agri-PV-Anlagen ein Beeinträchtigungsfaktor von 0,4 anzusetzen, als Eingriffsfläche ist hierbei die überbaute Fläche anzusetzen (Draufsicht der Module.) Die Planunterlagen sind dementsprechend bezüglich der Eingriffsregelung anzupassen.

Zum Schutzgut Landschaftsbild

Grundsätzlich gilt, dass umfassende Vermeidungsmaßnahmen (Liste 2) die Verwendung des niedrigen Kompensationsfaktors aus dem jeweiligen Matrixfeld rechtfertigen. Ein niedriger Faktor ist dann gerechtfertigt, wenn die im Einzelfall gegebenen Möglichkeiten planerisch gut genutzt werden.

Für das Schutzgut Landschaftsbild werden keine ausreichenden Maßnahmen getroffen, insbesondere bei der Anlagenhöhe von bis zu 4,5 m.

Aus naturschutzfachlicher Sicht ist zur Minimierung gemäß § 1a BauGB eine wirksame Eingrünung für das Schutzgut Landschaftsbild zwingend erforderlich. Hierfür ist die Pflanzung einer durchgehenden Hecke am Nordwest-Rand der Anlage zur Eingrünung erforderlich. Diese ist in den Planungsunterlagen und in den Festsetzungen zu ergänzen. Eine Heckenpflanzung ist grundsätzlich außerhalb des umzäunten Bereichs anzulegen. Dies ist in den Unterlagen darzustellen.

Zum Artenschutz

Zur Prüfung der Auswirkungen des Vorhabens im Hinblick auf artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG auf gemeinschaftsrechtlich geschützte Arten (alle europäischen Vogelarten, Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie) wurde vom Vorhabenträger eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) beauftragt. Die Ergebnisse der saP liegen noch nicht vor. Es wird darauf verwiesen, dass die Ergebnisse im weiteren Verfahren berücksichtigt werden.

Falls die saP eine Betroffenheit von geschützten Arten feststellt, sind die Ausgleichsflächen so weit rechtlich zu sichern. Eine gesonderte Sicherung ist nicht erforderlich, wenn die Flächen im Eigentum der Gemeinde sind oder im Bebauungsplan gesichert werden. Ist dies nicht der Fall, muss spätestens bis zum Satzungsbeschluss die Ausgleichsfläche dinglich gesichert werden. Dies geschieht durch Eintragung von Unterlassungs- und Handlungspflichten des Grundstückseigentümers in das Grundbuch. Die dingliche Sicherung wird als beschränkt persönliche Dienstbarkeit gemäß § 1090 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) und zusätzlich wird der Ausgleich je nach Zweck als Reallast gemäß § 1105 BGB ausgestaltet.

Rotierende Maßnahmenflächen sind durch institutionelle Sicherung mittels einer Pflege- und Bewirtschaftungsvereinbarung zwischen der Gemeinde und einem geeignetem Träger (z.B. Landschaftspflegerverband Straubing-Bogen) zu sichern.

Eine abschließende Stellungnahme kann erst nach Vorliegen der Ergebnisse der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung erfolgen.

Einverständnis kann, nach erneuter Prüfung der Unterlagen, in Aussicht gestellt werden, wenn die die Anmerkungen zur Eingriffsregelung und artenschutzrechtlichen Belange hinreichend berücksichtigt werden und Beschreibungen der Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen entsprechend den Ergebnissen der saP in die Festsetzungen des Bebauungsplans mit aufgenommen werden.

Zum Flächennutzungsplan- und Landschaftsplan-Deckblatt-Entwurf

Die Eingriffsregelung wird über den sich im Parallelverfahren befindenden vorhabensbezogenen Bebauungsplan „SO Solarpark Poschenhof“ abgewickelt.

Auf vorstehende Ausführungen hierzu wird verwiesen. Die dort genannten Punkte gelten entsprechend.

Mit der vorliegenden Änderung durch Deckblatt 19 des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplan besteht aus naturschutzfachlicher Sicht Einverständnis, wenn im parallel aufgestellten Bebauungsplan die Ergebnisse der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung hinreichend berücksichtigt werden.

Eine abschließende Stellungnahme zum Bebauungsplan steht dahingehend noch aus.

5. Belange der Bodendenkmalpflege:

Aufgrund der siedlungsgünstigen Lage und nahe gelegener eingetragener Bodendenkmäler ist im Planungsbereich mit dem Vorhandensein obertägig nicht mehr sichtbarer Bodendenkmäler zu rechnen.

Der ungestörte Erhalt dieser Denkmäler vor Ort besitzt aus Sicht des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege Priorität. Planungsschritte sollten diesen Aspekt berücksichtigen und Bodeneingriffe auf das unabwesbar notwendige Mindestmaß beschränken.

Bodendenkmäler unterliegen der Meldepflicht an die Untere Denkmalschutzbehörde oder an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege. Darüber hinaus sind Bodeneingriffe jeder Art (vgl. Art. 1 Abs. 1 und 2 BayDSchG.) genehmigungspflichtig nach Art. 7 BayDSchG. und daher unbedingt im Einzelfall mit der Kreisarchäologie Straubing-Bogen oder dem Bayer. Landesamt für Denkmalpflege abzustimmen.

Bei Überplanung bzw. Bebauung in oben genanntem Planungsbereich hat der Antragsteller eine Erlaubnis bei der Unteren Denkmalschutzbehörde einzuholen.

Im Planungsbereich muss daher so frühzeitig wie möglich vor Baubeginn ein bauvorgreifender Oberbodenabtrag im Bereich der für die Errichtung der PV Anlagen erforderlichen Bodeneingriffe mit einem Bagger mit ungezähnter Humusschaufel durchgeführt werden um den Erhaltungszustand, die Ausdehnung und die Bedeutung des mutmaßlichen Bodendenkmals besser abschätzen zu können. Diese Erdbewegungen, wofür eine private Ausgrabungsfirma zu beauftragen ist, müssen unter der Aufsicht der Kreisarchäologie Straubing-Bogen durchgeführt werden. Sollte der Oberbodenabtrag ein Bodendenkmal erbringen, so ist auf Kosten des Verursachers (Grundeigentümer/Bauträger) eine archäologische Untersuchung auf Grundlage der aktuellen Grabungsrichtlinien des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege durchführen zu lassen.

Im Interesse des Bauträgers und um mögliche Bauverzögerungen zu vermeiden wird empfohlen, sich rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme mit der Kreisarchäologie Straubing-Bogen in Verbindung zu setzen.

6. weitere, vom Landratsamt zu vertretende Belange:

Zu o.a. Bauleitplanung bestehen aus bodenschutzrechtlicher, straßenbau- und verkehrstechnischer sowie aus siedlungshygienischer Sicht keine Einwände.

7. Bauplanungsrechtliche Hinweise:

Zur Ausfertigung der Bebauungsplanunterlagen

Nach gefestigter Rechtsprechung werden von den Gerichten Bebauungspläne teilweise als unwirksam angesehen, wenn die Unterlagen (textliche und planliche Festsetzungen sowie die

entsprechenden Pläne) nicht körperlich miteinander verbunden sind. Insbesondere das bloße Abheften der nicht ausgefertigten Ringbuchfassung in einem Ordner mit Schnellheftungssystem kann keine ausreichende körperliche Verbindung mit der ausgefertigten Planzeichnung schaffen.

Aus Gründen der Rechtssicherheit wird deshalb Folgendes empfohlen:

- Die ausgefertigten Satzungsunterlagen (Festsetzungen und Planteil) werden entsprechend fest und untrennbar körperlich miteinander verbunden oder
- Sämtliche Festsetzungen sowie die Ausfertigungsvermerke werden in den Planteil aufgenommen.

Zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan

Beim vorhabenbezogenen Bebauungsplan besteht die Besonderheit, dass der Vorhaben- und Erschließungsplan gemäß § 12 Abs. 3 BauGB Bestandteil des Bebauungsplanes wird. Der Vorhaben- und Erschließungsplan muss deshalb im Zuge des Satzungsbeschlusses in den Bebauungsplan bzw. den Satzungsinhalt aufgenommen werden und auch von der Ausfertigung umfasst sein (VGH Bayern 9. Senat, Beschluss vom 10.08.2022 – 9 N 20.1772).

Dementsprechend muss der Vorhaben- und Erschließungsplan auch mit dem ausgefertigten Festsetzungsteil des Bebauungsplanes fest verbunden sein oder eine eigenständige Ausfertigung erhalten. Alternativ kann der Vorhaben- und Erschließungsplan bei entsprechender Identität auch vollständig in die Planurkunde integriert sein. In diesem Fall muss dies in den Unterlagen auch dokumentiert sein.

Mit freundlichen Grüßen

S e i s s l e r
Regierungsrat

II. In Abdruck

- z. FPlan-DB Nr. 19

III. z. Akt BPlan SO Solarpark Poschenhof



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

Deutsche Telekom Technik GmbH
Siemensstr. 20, 84030 Landshut

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Straße 32
84082 Laberweinting

Ihre Referenzen Frau Sabine Zellmeier, Schreiben vom 22.04.2024
Ansprechpartner PTI 21, Elke Meierbeck, Sb BB2, Bauleitplanung
Durchwahl (0841) 9730-154
Datum 29.05.2024
Betreff Bebauungsplan "SO Solarpark Poschenhof" und 19 Änderung Flächennutzungsplan "

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Information. Ihr Schreiben ist am 22.04.2024 per E-Mail bei uns eingegangen.

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Am Rande des Geltungsbereiches befinden sich oberirdische Telekommunikationslinien der Telekom, die durch die geplanten Baumaßnahmen möglicherweise berührt werden (siehe Bestandsplan in der Anlage - dieser dient nur der Information und verliert nach 14 Tagen seine Gültigkeit). Wir bitten Sie, bei der Planung und Bauausführung darauf zu achten, dass diese Linien nicht verändert werden müssen bzw. beschädigt werden.

Sollte doch eine Verlegung notwendig werden, bitten wir Sie, die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig (ca. 4 Monate) vor Baubeginn mit unserem Team Betrieb (E-Mail: PTI21_BTR@telekom.de) abzustimmen.

Hausanschrift Deutsche Telekom Technik GmbH
Postanschrift Technik Niederlassung Süd, Siemensstr. 20, 84030 Landshut
Telekontakte Siemensstr. 20, 84030 Landshut
Konto Telefon +49 911 150-0, Internet www.telekom.de
Aufsichtsrat Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 24 858 668
Geschäftsleitung IBAN: DE17 5901 0066 0024 858 668, SWIFT-BIC: PBNKDEFF590
Handelsregister Srinivasan Gópalan (Vorsitzender)
Dr. Abdurazak Mudesir (Vorsitzender), Peter Beutgen, Maria Stettner
Amtsgericht Bonn HRB 14190, Sitz der Gesellschaft Bonn
USt-IdNr. DE 814645262

Datum
Empfänger
Blatt 2

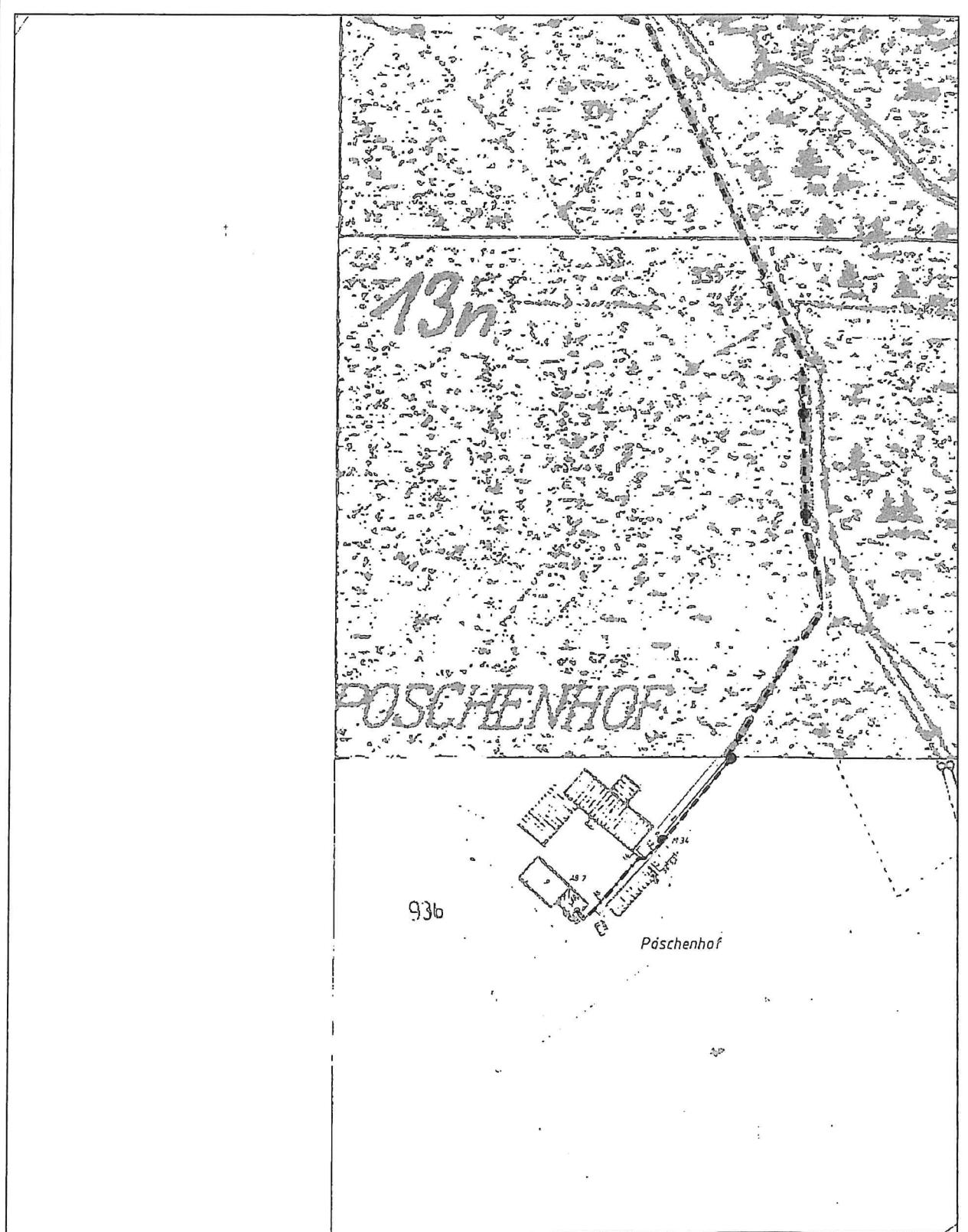
Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013 - siehe hier u. a. Abschnitt 6 - zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.

Elke Meierbeck

Anlage
1 Lageplan



AT/Vh-Bez.:	Kein aktiver Auftrag		AT/Vh-Nr.:	Kein aktiver Auftrag	
TI NL	Süd				
PTI	Rosenheim				
ONB	Mallersdorf-Pfaffenberg				
Bemerkung:	AsB	1	Sicht	Lageplan	
	VsB	871A			
	Name	A744859	Maßstab	1:2500	
	Datum	29.05.2024	Blatt	1	



WWA Deggendorf - Postfach 20 61 - 94460 Deggendorf

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Straße 32
84082 Laberweinting

Ihre Nachricht
22.04.2024

Unser Zeichen
2-4622-SR-144-
19027/2024

Bearbeitung +49 (991) 2504-110
Benjamin Rehm

Datum
28.05.2024

**Bauleitplanung, FPlan D 19, Bebplan "SO Solarpark Poschenhof"
Frühzeitige Beteiligung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Träger öffentlicher Belange erteilen wir folgende fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

1. Wasserversorgung/Wasserschutzgebiete/Grundwasser

Eine Wasserversorgung ist für den Betrieb der PV- Anlage nicht vorgesehen.

Der Vorhabensbereich liegt außerhalb von Wasserschutzgebieten.

2. Abwasserentsorgung

Eine Abwasserentsorgung ist für den Betrieb der PV- Anlage nicht vorgesehen.

3. Niederschlagswasser

Zur Vermeidung von Abflussverschärfungen und zur Stärkung des Grundwasserhaushaltes ist der zunehmenden Bodenversiegelung entgegenzuwirken und die Versickerungsfähigkeit von Flächen zu erhalten. Es sollte deshalb das anfallende Niederschlagswasser nicht gesammelt werden, sondern über Grünflächen oder Mulden breitflächig versickert werden.

Versickerung:

Gemäß §55 Abs. 2 WHG soll Niederschlagswasser ortsnah versickert werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften oder wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.

Hinweis:

Aus den Antragsunterlagen ist nicht ersichtlich in welchem Umfang Dächer mit Zink-, Blei- oder Kupferdeckung zum Einsatz kommen. Wird die Gesamtfläche von 50 m² überschritten, sind ggf. zusätzliche Reinigungsmaßnahmen erforderlich. Bei beschichteten Metalldächern ist mindestens die Korrosionsschutzklasse III nach DIN 55928-8 bzw. die Korrosivitätskategorie C 3 (Schutzdauer: „lang“) nach DIN EN ISO 12944-5 einzuhalten. Eine entsprechende Bestätigung unter Angabe des vorgesehenen Materials ist im Bedarfsfall vorzulegen.

4. Hochwasserschutz/Überschwemmungsgebiete/Gewässer

Der Planungsbereich liegt weder in einem festgesetzten, vorläufig gesicherten oder ermittelten Überschwemmungsgebiet, jedoch in einem wassersensiblen Bereich. Als wassersensible Bereiche werden alle Gebiete bezeichnet, innerhalb derer die anstegenden Böden durch den Einfluss von Wasser geprägt sind. Aufgrund der Geländeform kann es bei Starkniederschlagsereignissen zu Betroffenheit kommen. Wassersensible Bauteile sind deshalb in ausreichender Höhe über dem Gelände anzubringen. Aufgrund der Bauweise ist mit hinreichender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Fläche in ihrer Funktion als Retentionsraum erhalten bleibt.

5. Altlasten und Bodenschutz

Hinsichtlich etwaig vorhandener Altlasten und deren weitergehende Kennzeichnungspflicht gemäß Baugesetzbuch sowie der boden- und altlastenbezogenen Pflichten wird ein Abgleich mit dem aktuellen Altlastenkataster des Landkreises empfohlen.

Es wird empfohlen, bei evtl. erforderlichen Aushubarbeiten das anstehende Erdreich generell von einer fachkundigen Person organoleptisch beurteilen zu lassen. Bei offensichtlichen Störungen oder anderen Verdachtsmomenten (Geruch, Optik, etc.) ist das Landratsamt Straubing-Bogen bzw. das WWA Deggendorf zu informieren.

6. Divers

Bei Geländeanschnitten muss mit Hang- und Schichtwasseraustritten sowie mit wild abfließendem Oberflächenwasser aufgrund des darüber liegenden oberirdischen Einzugsgebietes gerechnet werden. Der natürliche Ablauf wild abfließenden Wassers darf gem. § 37 WHG nicht nachteilig für anliegende Grundstücke verändert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Benjamin Rehm

Regionaler Planungsverband DONAU-WALD

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

Regionaler Planungsverband Donau-Wald Postfach 0463 94304 Straubing

Gemeinde Laberweinting
Postfach 40
84080 Laberweinting

Straubing, 07.05.2024

Leutnerstraße 15
94315 Straubing
Telefon 09421/973-182 oder 135
Telefax 09421/973-177

www.region-donau-wald.de
planungsverband@region-donau-wald.de

AZ.-Nr. 51 - RPV
(Diese Nummer bitte bei Beantwortung angeben.)

Aufstellung des Bebauungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“ Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 19 Zu Ihrer eMail vom 22.04.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Laberweinting beabsichtigt mit der Aufstellung des Bebauungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“ und die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 19, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Anlage in einem Umfang von ca. 45,4 ha zu schaffen. Hierzu wird zu folgenden Punkten Stellung genommen:

Die verstärkte Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien dienen dem Umbau der bayerischen Energieversorgung, der Ressourcenschonung und dem Klimaschutz. Das geplante Vorhaben leistet hierzu grundsätzlich einen entsprechenden Beitrag.

Nach dem Grundsatz 6.2.3 des Landesentwicklungsprogrammes sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorzugsweise auf vorbelasteten Standorten errichtet werden. Hierzu zählen u.a. Standorte entlang von Infrastruktureinrichtungen oder Konversionsflächen. Richtfunkverbindungen durchqueren das Plangebiet, bilden aber keine raumwirksame Vorbelastung im Sinne von LEP 6.2.3, sodass der genannte Grundsatz negativ berührt wird.

Durch Eingrünungsmaßnahmen kann die Sichtbarkeit reduziert werden. Um die Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu minimieren, sind die grünordnerischen Maßnahmen (Eingrünung) mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen (vgl. RP 12 B II 1.3). Ob kumulative bzw. Wechselwirkungen mit den bereits bestehenden und geplanten PV-Anlagen „Hofkirchen“ und „Krenberg“ zu erwarten sind, geht aus den Planungsunterlagen nicht hervor. Dies sollte ergänzt werden.

Mittlerweile liegt eine starke Konzentration von Photovoltaikanlagen in diesem Teilbereich der Gemeinde Laberweinting vor. Daher sollte in den Planungsunterlagen erläutert und ergänzt werden, ob in der Gemeinde Alternativstandorte zur Verfügung stehen.

Verbandsmitglieder: Stadt Passau, Stadt Straubing, Landkreis Deggendorf, Landkreis Freyung-Grafenau, Landkreis Passau, Landkreis Regen, Landkreis Straubing-Bogen, die kreisangehörigen Gemeinden der Region Donau-Wald

Bankverbindung: Sparkasse Niederbayern-Mitte
IBAN: DE56742500000000040675
BIC: BYLADEM1SRG

Falls keine kumulative bzw. Wechselwirkungen mit den bereits bestehenden und geplanten PV-Anlagen „Hofkirchen“ und „Krenberg“ zu erwarten sind und es keine Alternativstandorte gibt, werden Erfordernisse der Raumordnung der Planung nicht entgegengehalten.

Mit freundlichen Grüßen



Seissler, Regierungsrat
Geschäftsführer

Regierung von Niederbayern



Regierung von Niederbayern - Postfach - 84023 Landshut

Per E-Mail

Gemeinde Laberweinting
Postfach 40
84080 Laberweinting

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom
22.04.2024

Unser Zeichen (bitte angeben)
Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter
RNB-24-8314.1.9-15-38-3
Sabine Hartmann

Telefon
E-Mail
+49 871 808 - 1341
Sabine.Hartmann@reg-nb.bayern.de

Landshut,
07.05.2024

Gemeinde Laberweinting, Landkreis Straubing-Bogen, Aufstellung des Bebauungsplanes "SO Solarpark Poschenhof" Verfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Laberweinting beabsichtigt mit der Aufstellung des Bebauungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Anlage in einem Umfang von ca. 45,4 ha zu schaffen. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 19 erfolgt im Parallelverfahren. Hierzu wird von der höheren Landesplanungsbehörde zu folgenden Punkten Stellung genommen:

Ziele der Raumordnung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB nach sich ziehen, sowie Grundsätze der Raumordnung, die zu berücksichtigen sind:

Erneuerbare Energien sind dezentral in allen Teilräumen verstärkt zu erschließen und zu nutzen (Landesentwicklungsprogramm Bayern LEP 6.2.1 Z).

Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen vorzugsweise auf vorbelasteten Standorten realisiert werden. An geeigneten Standorten soll auf eine Vereinbarkeit der Erzeugung von Solarstrom mit anderen Nutzungen dieser Flächen, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion (...), hingewirkt werden (LEP 6.2.3 G).

Hauptgebäude	Regierungsplatz 540	84028 Landshut	Telefon	E-Mail	Besuchszeiten
Ämtergebäude	Gestütstraße 10	84028 Landshut	+49 871 808-01	poststelle@reg-nb.bayern.de	Mo-Do: 08:30 - 11:45 Uhr 14:00 - 15:30 Uhr
Münchner Tor	Innere Münchener Straße 2	84028 Landshut	Telefax	Internet	Fr. 08:30 - 11:45 Uhr
Lurzenhof	Am Lurzenhof 3	84036 Landshut	+49 871 808-1002	www.regierung.niederbayern.bayern.de	oder nach Vereinbarung
Öffentliche Verkehrsmittel					
zum Hauptgebäude			zum Münchner Tor		
zum Ämtergebäude			zum Lurzenhof		
zum Hauptgebäude			zum Münchner Tor		
zum Ämtergebäude			zum Lurzenhof		

Siedlungsgebiete sowie sonstige Vorhaben sollen möglichst schonend in die Landschaft eingebunden werden (RP Donau-Wald B II 1.3 G).

Bewertung der Planung:

Die verstärkte Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien dienen dem Umbau der bayerischen Energieversorgung, der Ressourcenschonung und dem Klimaschutz. Das geplante Vorhaben leistet hierzu grundsätzlich einen entsprechenden Beitrag.

Nach dem Grundsatz 6.2.3 des Landesentwicklungsprogrammes sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorzugsweise auf vorbelasteten Standorten errichtet werden. Hierzu zählen u.a. Standorte entlang von Infrastruktureinrichtungen oder Konversionsflächen. Richtfunkverbindungen durchqueren das Plangebiet, bilden aber keine raumwirksame Vorbelastung im Sinne von LEP 6.2.3, sodass der genannte Grundsatz negativ berührt wird.

Durch Eingrünungsmaßnahmen kann die Sichtbarkeit reduziert werden. Um die Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu minimieren, sind die grünordnerischen Maßnahmen (Eingrünung) mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen (vgl. RP 12 B II 1.3). Ob kumulative bzw. Wechselwirkungen mit den bereits bestehenden und geplanten PV-Anlagen „Hofkirchen“ und „Krenberg“ zu erwarten sind, geht aus den Planungsunterlagen nicht hervor. Dies sollte ergänzt werden.

Zusammenfassung:

Mittlerweile liegt eine starke Konzentration von Photovoltaikanlagen in diesem Teilbereich der Gemeinde Laberweinting vor. Daher sollte in den Planungsunterlagen erläutert und ergänzt werden, ob in der Gemeinde Alternativstandorte zur Verfügung stehen.

Falls keine kumulative bzw. Wechselwirkungen mit den bereits bestehenden und geplanten PV-Anlagen „Hofkirchen“ und „Krenberg“ zu erwarten sind und es keine Alternativstandorte gibt, werden Erfordernisse der Raumordnung der Planung nicht entgegengehalten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hartmann

Regierung von Niederbayern



Regierung von Niederbayern - Postfach - 84023 Landshut

Per E-Mail

Gemeinde Laberweinting
Postfach 40
84080 Laberweinting

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom
22.04.2024

Unser Zeichen (bitte angeben)
Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter
RNB-24-8314.1.9-15-37-3
Sabine Hartmann

Telefon
E-Mail
+49 871 808 - 1341
Sabine.Hartmann@reg-nb.bayern.de

Landshut,
07.05.2024

Gemeinde Laberweinting, Landkreis Straubing-Bogen, Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 19 Verfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Laberweinting beabsichtigt mit der Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 19, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Anlage in einem Umfang von ca. 45,4 ha zu schaffen. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“ erfolgt im Parallelverfahren. Hierzu wird von der höheren Landesplanungsbehörde zu folgenden Punkten Stellung genommen:

Ziele der Raumordnung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB nach sich ziehen, sowie Grundsätze der Raumordnung, die zu berücksichtigen sind:

Erneuerbare Energien sind dezentral in allen Teilläufen verstärkt zu erschließen und zu nutzen (Landesentwicklungsprogramm Bayern LEP 6.2.1 Z).

Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen vorzugsweise auf vorbelasteten Standorten realisiert werden. An geeigneten Standorten soll auf eine Vereinbarkeit der Erzeugung von Solarstrom mit anderen Nutzungen dieser Flächen, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion (...), hingewirkt werden (LEP 6.2.3 G).

Hauptgebäude	Regierungsplatz 540	84028 Landshut	Telefon	E-Mail	Besuchszeiten
Ämtergebäude	Gestütstraße 10	84028 Landshut	+49 871 808-01	poststelle@reg-nb.bayern.de	Mo-Do: 08:30 - 11:45 Uhr 14:00 - 15:30 Uhr
Münchner Tor	Innere Münchener Straße 2	84028 Landshut	Telefax	Internet	Fr: 08:30 - 11:45 Uhr oder nach Vereinbarung
Lurzenhof	Am Lurzenhof 3	84036 Landshut	+49 871 808-1002	www.regierung.niederbayern.bayern.de	
Öffentliche Verkehrsmittel					
zum Hauptgebäude			(Haltestelle Regierungsplatz / Maximilianstraße)		
zum Ämtergebäude			(Haltestelle Amtsgericht / Hauptfriedhof)		
			zum Münchner Tor		
			zum Lurzenhof		
			1, 7, 10 (Haltestelle Grätzberg / Grieserwiese)		
			3, 14 (Haltestelle Am Lurzenhof)		

Siedlungsgebiete sowie sonstige Vorhaben sollen möglichst schonend in die Landschaft eingebunden werden (RP Donau-Wald B II 1.3 G).

Bewertung der Planung:

Die verstärkte Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien dienen dem Umbau der bayerischen Energieversorgung, der Ressourcenschonung und dem Klimaschutz. Das geplante Vorhaben leistet hierzu grundsätzlich einen entsprechenden Beitrag.

Nach dem Grundsatz 6.2.3 des Landesentwicklungsprogrammes sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorzugsweise auf vorbelasteten Standorten errichtet werden. Hierzu zählen u.a. Standorte entlang von Infrastruktureinrichtungen oder Konversionsflächen. Richtfunkverbindungen durchqueren das Plangebiet, bilden aber keine raumwirksame Vorbelastung im Sinne von LEP 6.2.3, sodass der genannte Grundsatz negativ berührt wird.

Durch Eingrünungsmaßnahmen kann die Sichtbarkeit reduziert werden. Um die Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu minimieren, sind die grünordnerischen Maßnahmen (Eingrünung) mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen (vgl. RP 12 B II 1.3). Ob kumulative bzw. Wechselwirkungen mit den bereits bestehenden und geplanten PV-Anlagen „Hofkirchen“ und „Krenberg“ zu erwarten sind, geht aus den Planungsunterlagen nicht hervor. Dies sollte ergänzt werden.

Zusammenfassung:

Mittlerweile liegt eine starke Konzentration von Photovoltaikanlagen in diesem Teilbereich der Gemeinde Laberweinting vor. Daher sollte in den Planungsunterlagen erläutert und ergänzt werden, ob in der Gemeinde Alternativstandorte zur Verfügung stehen.

Falls keine kumulative bzw. Wechselwirkungen mit den bereits bestehenden und geplanten PV-Anlagen „Hofkirchen“ und „Krenberg“ zu erwarten sind und es keine Alternativstandorte gibt, werden Erfordernisse der Raumordnung der Planung nicht entgegengehalten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hartmann



TRINKWASSER BAYERN

Unser Wasser - Unser Leben

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Wasserzweckverband Mallersdorf
Ettersdorf 3 · 84066 Mallersdorf-Pfaffenbergl

Gemeinde Laberweinting

Eing.: 29. April 2024

L

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Str. 32
84082 Laberweinting



DIN EN ISO 50001

Kundennummer:

Ihr Zeichen: 610

Ihre Nachricht vom: 22.04.2024

Unser Zeichen: 930

Unsere Nachricht vom:

Sachbearbeiter: H. Singer

Telefon: 08772 9621-30

Telefax: 08772 9621-25

E-Mail: singer@wzv-mallersdorf.de

Datum: 24.04.2024

Bauleitplanung; Frühzeitige Beteiligung

Änderung des Flächennutzungs- mit Landschaftsplans durch Deckblatt Nr. 19

Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- mit Grünordnungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“

Beteiligung als Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 1 BauGB

Anlage: 1 Leitungsplan

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Frau Zellmeier,

das beplante Grundstück mit der Fl.-Nr. 936, Gem. Hofkirchen, ist mit einem Grundstücksanschluss für die Versorgung mit Trink- und Brauchwasser an unsere Wasserversorgungsanlage angeschlossen.

Die weiteren beplanten Grundstücke mit den Flurnummern 940, 1112, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1130, 1132, 1132/2, 1133, 1134, 1135 der Gemarkung Hofkirchen sind von einer Wasserversorgungsleitung des Wasserzweckverbandes nicht erschlossen, siehe beiliegenden Leitungsplan.

Eine Versorgung mit Trink-, Brauch- und Löschwasser ist daher nicht möglich. Es besteht für die Grundstücke auch kein Anschlussrecht nach § 4 Wasserabgabesatzung.

Laut Punkt 3.3.2 in der Begründung des Flächennutzungsplanes Deckblatt Nr. 25 ist ein Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung nicht notwendig und nicht vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen

Singer

Wasserzweckverband Mallersdorf
Ettersdorf 3
84066 Mallersdorf-Pfaffenbergl

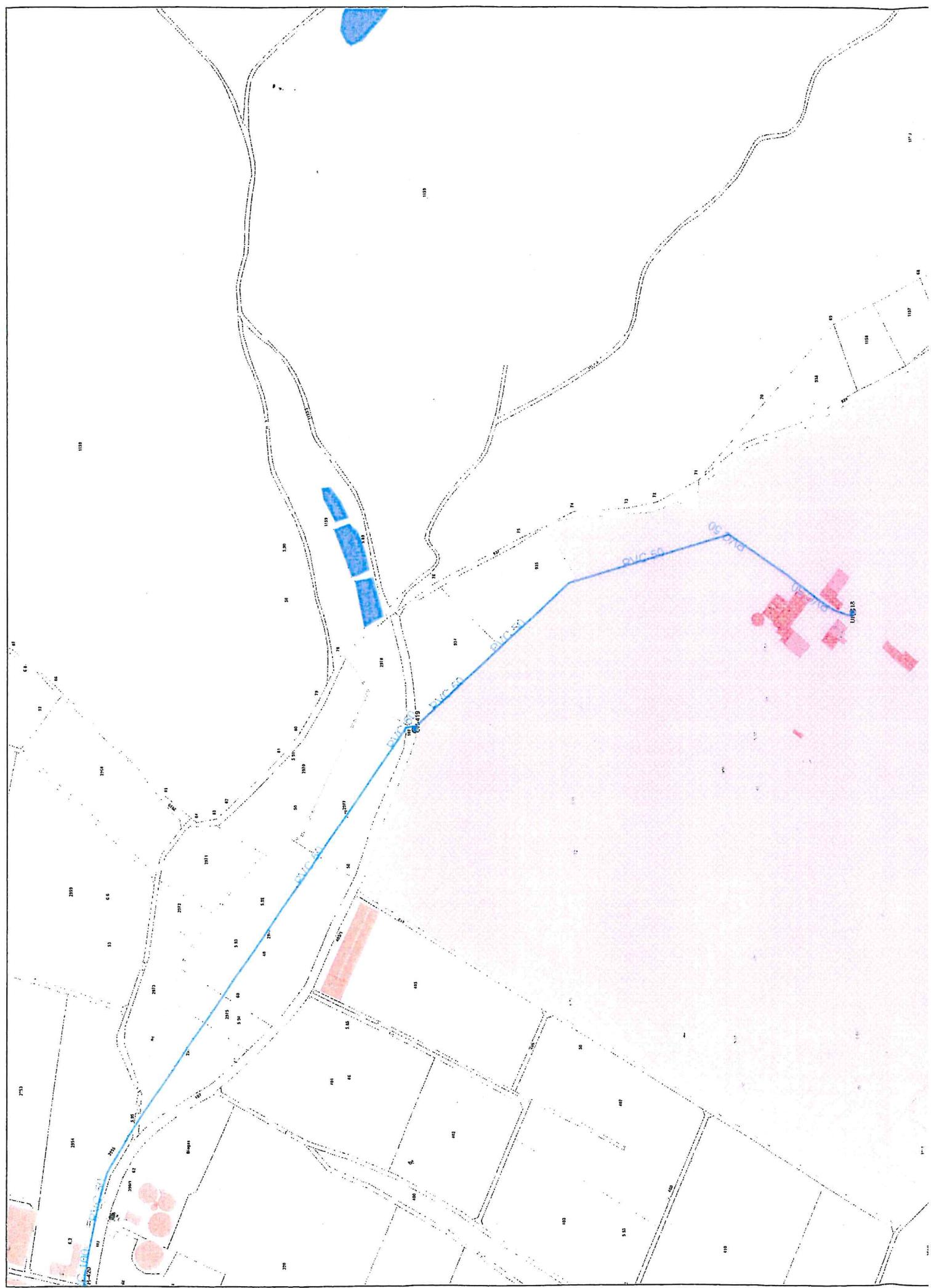
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Steuer-Nr.: 162/114/90156
Ust-IdNr.: DE131462061

Telefon: 08772 9621-0
Telefax: 08772 9621-25
Internet: www.wzv-mallersdorf.de
E-Mail: info@wzv-mallersdorf.de

Öffnungszeiten: Montag - Donnerstag
von 8.00 bis 12.00 und 13.00 bis 16.30 Uhr

Bankverbindung Sparkasse Mallersdorf:
BIC: BYLADEM1LAH
IBAN: DE49 7435 0000 0005 0057 01

Bankverbindung Raiffeisenbank
Geiselhöring-Pfaffenbergl
BIC: GENODEF1GPF



Solarpark Poschenhof

WICHTIGE ANMERKUNG:

Der Plan ist unverbindlich. Abweichungen, auch von angegebenen Maßen bei den Versorgungsseinrichtungen sind möglich. Die sichtbaren Einbauteile sind eingemessen, der Leitungsweg kann daher abweichen. Hausanschlüsseleitungen sind größtenteils nicht eingezeichnet. Eine örtliche Einweisung durch den WZV ist in jedem Fall nötig. Bitte beachten Sie auch unser Merkblatt über Massnahmen zum Schutz unterirdischer Wasserleitungen des WZV bei Bauarbeiten.



24.04.2024
Maßstab: 1:4000

Singer

Bayernwerk Netz GmbH, Eugenbacher Str. 1, 84032 Altdorf

Gemeinde Laberweinting
Postfach 40
84080 Laberweinting

Bauleitplanung, FPlan D 19, Bebplan "SO Solarpark Poschenhof", frühzeitige Beteiligung

Ihr Schreiben vom 22.04.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen das o. g. Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

In dem von Ihnen überplanten Bereich befinden sich von uns betriebene Versorgungseinrichtungen.

Kabel

Der Schutzzonenbereich für Kabel beträgt bei Aufgrabungen je 0,5 m rechts und links zur Trassenachse.

Der ungehinderte Zugang, sowie die ungehinderte Zufahrt, zu unseren Kabeln muss jederzeit gewährleistet sein, damit Aufgrabungen z. B. mit einem Minibagger, möglich sind. Befinden sich unsere Anlagen innerhalb der Umzäunung, ist für Wartung und Reparaturarbeiten am Eingangstor der PV-Anlage ein Schlüsseltresor zu installieren. Die Kosten trägt der Betreiber der PV-Anlage. Den Schließzylinder stellt die Bayernwerk Netz GmbH.

Wir weisen darauf hin, dass die Trassen unterirdischer Versorgungsleitungen von Bepflanzung freizuhalten sind, da sonst die Betriebssicherheit und Reparaturmöglichkeit eingeschränkt werden. Bäume und tiefwurzelnde Sträucher dürfen aus Gründen des Baumschutzes (DIN 18920) bis zu einem Abstand von 2,5 m zur Trassenachse gepflanzt werden. Wird dieser Abstand unterschritten, so sind im Einvernehmen mit uns geeignete Schutzmaßnahmen durchzuführen.

Beachten Sie bitte die Hinweise im "Merkblatt über Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle", Ausgabe 2013 vom FGSV Verlag www.fgsv-verlag.de (FGSV-Nr. 939), bzw. die DVGW-Richtlinie GW125.

Hinsichtlich der in den angegebenen Schutzzonenbereichen bzw. Schutzstreifen

Bayernwerk Netz GmbH

Kundencenter Altdorf
Eugenbacher Str. 1
84032 Altdorf

www.bayernwerk-netz.de

Ihr Ansprechpartner

Daniel Gebert
Planung, Bauausführung &
Netzkundenbetreuung

T +49 871 96639255

daniel.gebert@bayernwerk.de
Unser Zeichen: TOAP Ge 11343

Datum

24. April 2024

Sitz: Regensburg
Amtsgericht Regensburg
HRB 9476

Geschäftsführer
Gudrun Alt
Dr. Joachim Kabs
Robert Pflügl

bestehenden Bau- und Bepflanzungsbeschränkung machen wir darauf aufmerksam, dass Pläne für Bau- und Bepflanzungsvorhaben jeder Art uns rechtzeitig zur Stellungnahme vorzulegen sind. Dies gilt insbesondere für Straßen- und Wegebaumaßnahmen, Ver- und Entsorgungsleitungen, Kiesabbau, Aufschüttungen, Freizeit- und Sportanlagen, Bade- und Fischgewässer und Aufforstungen.

Datum
24. April 2024

Losgelöst von möglichen Festlegungen zu einem Netzanschluss- bzw. Verknüpfungspunkt mit dem Stromnetz der allgemeinen Versorgung im Rahmen dieser Bauleitplanung erfolgt diese Festlegung ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben wie z.B. EEG, KWK-G.

Das beiliegende "Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen" ist zu beachten.

Die beiliegenden "Sicherheitshinweise für Arbeiten in der Nähe von Kabel-, Gas- und Freileitungen" sind zu beachten.

Auskünfte zur Lage der von uns betriebenen Versorgungsanlagen können Sie online über unser Planauskunftsportal einholen. Das Portal erreichen Sie unter:
www.bayernwerk-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html

Wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung. Wir bitten Sie, uns bei weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.

Freundliche Grüße
Bayernwerk Netz GmbH
Planung, Bauausführung & Netzkundenbetr.

Daniel
Gebert

Digital
unterschrieben von
Daniel Gebert
Datum: 2024.04.24
12:37:05 +02'00'

i.A. Daniel Gebert

Anlagen:

Sicherheitshinweise für Arbeiten in der Nähe von Kabel-, Gas- und Freileitungen
Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen
Merkblatt Gefahrenzone und Schutzabstände bei Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender Teile

Merkblatt

Auszug aus DIN VDE 0105-100 (Stand: 2015-10)

Gefahrenzone und Schutzabstände

bei Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender Teile

6.4 Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender Teile

6.4.1.2 In der Nähe unter Spannung stehender Teile mit Nennspannungen über 50 V Wechselspannung oder 120 V Gleichspannung darf nur gearbeitet werden, wenn durch geeignete Maßnahmen sichergestellt ist, daß unter Spannung stehende Teile nicht berührt werden können oder die Gefahrenzone nicht erreicht werden kann.

6.4.4 Bauarbeiten und sonstige nichtelektrotechnische Arbeiten

Bei Bauarbeiten und sonstigen nichtelektrotechnischen Arbeiten, wie z. B.

- Gerüstbau
- Arbeiten mit Hebezeugen, Baumaschinen und Fördermitteln,
- Montagearbeiten,
- Transportarbeiten,
- Anstrich- und Ausbesserungsarbeiten,
- Bewegen von sonstigen Geräten und Bauhilfsmitteln,

muß stets ein festgelegter Abstand zum nächsten unter Spannung stehenden Teil eingehalten werden, insbesondere beim Ausschwingen von Lasten, Trag- und Lastaufnahmemitteln.

6.4.4.102 Bei Arbeiten nach 6.4.4 dürfen die Schutzabstände nach Tabelle 103 von unter Spannung stehenden elektrischen Anlagen oder Teilen elektrischer Anlagen ohne Schutz gegen direktes Berühren nicht unterschritten werden. Dies gilt auch beim Ausschwingen von Lasten, Trag- und Lastaufnahmemitteln. Die Maße rechnen vom ausgeschwungenen Leiterseil, bei größtem Durchhang ab.

Tabelle 103: Mindestabstände bei Bauarbeiten und sonstige nichtelektrotechnische Arbeiten.

Netz-Nennspannung UN (Effektivwert) kV	Schutzabstand (Abstand in Luft von ungeschützten unter Spannung stehenden Teilen) m
bis 1	1,0
über 1 bis 110	3,0
über 110 bis 220	4,0
über 220 bis 380	5,0

Wir empfehlen grundsätzlich einen Schutzabstand von 5 m.

Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen

1. Allgemeine Hinweise

Jahr für Jahr entstehen bei Erdarbeiten im Bereich von unterirdisch verlegten Verteilungsanlagen zahlreiche Schäden. Neben den erheblichen Sachschäden ist im Schadensfall eine Gefährdung von Personen nicht auszuschließen. Um dies zu vermeiden sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die für die Durchführung der Arbeiten bestehenden einschlägigen Vorschriften und Regeln werden durch diese Hinweise, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhalten, nicht berührt.
- Überall in der Erde können Verteilungsanlagen liegen.
Personen, die Verteilungsanlagen beschädigen, gefährden sich selbst und andere.
Eine Beschädigung kann zur Unterbrechung der Versorgung führen.
Deshalb: Vorsicht bei Erdarbeiten jeder Art!
- Die Anwesenheit eines Beauftragten des Netzbetreibers an der Aufgrabungsstelle entbindet das ausführende Unternehmen nicht von seinen Sorgfaltspflichten und von der Haftpflicht bei evtl. auftretenden Schäden.
- In der Nähe von Gebieten mit Kampfmitteln sind die hierfür geltenden Bestimmungen einzuhalten.
- Verteilungsanlagen werden nicht nur in öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, sondern auch in privaten Grundstücken verlegt (z.B. Gärten, Felder, Wiesen, Wälder). Hierzu gehören z.B. Rohrleitungen, sonstige Betriebseinrichtungen, Hoch-, Mittel- und Niederspannungskabel, Armaturen, sonstige Einbauteile, Anlagen für den kathodischen Korrosionsschutz, Steuer- und Messkabel, Erdungsanlagen, Warnbänder u. a.
- Jeder Bauunternehmer hat bei Durchführung ihm übertragener Hoch- und Tiefbauarbeiten auf öffentlichem und privatem Grund mit dem Vorhandensein unterirdisch verlegter Ver- und Entsorgungsleitungen zu rechnen und seine Mitarbeiter und gegebenenfalls Subunternehmer zu unterweisen und zu überwachen. Die Erkundigungs- und Sicherungspflicht ergibt sich aus der DIN 18300 (VOB Teil C) Pkt. 3.1.3 und 3.1.5, dem DVGW-Arbeitsblatt GW 315 und den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften.
- Der Einsatz von Subunternehmern für die Tiefbauarbeiten setzt Übernahme und Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht voraus. Der Hauptunternehmer hat alle in einer eventuellen Einweisung gegebenen Informationen, übergebene Bestandspläne bzw. Kopien und die „Bestandsplan-Auskunft“ an die bauausführenden Firmen zu übergeben. Auch wenn das Tiefbauunternehmen für eigenes Verschulden gem. §§ 823, 31 BGB selbst haftet, bleibt der Hauptunternehmer für eventuell entstandene Leitungsschäden und deren Regulierung primär gegenüber dem Netzbetreiber haftbar.
- Bei Beginn der Bauarbeiten müssen Leitungsauskünfte neuesten Standes vorliegen. Bei Abweichungen von der Bauplanung oder Erweiterung des Bauauftrages muss eine neue Leitungsauskunft eingeholt werden. Der Unternehmer hat sich vor Arbeitsaufnahme davon zu überzeugen, dass alle Planangaben eindeutig erkennbar sind und dass die Planauskunft tatsächlich mit der Anfrage übereinstimmt.
- Unsere Leitungstrassen und Erdungsanlagen sind bei den Bauarbeiten zu berücksichtigen und vor Beschädigung zu schützen. Bei Arbeiten in der Nähe von Kabeln sind insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften DGUV Vorschrift 3 (Elektrische Anlagen und Betriebsmittel), DGUV Vorschrift 70 (ehemals BGV D 29), DGUV Vorschrift 38 (ehemals BGV C 22) und DGUV Regel 100-500 (ehemals BGR 500 Kap.2.12 -Erdbaumaschinen) zu beachten. Die jeweils gültigen gesetzlichen Vorschriften (z.B. Landesbauordnung, Baugesetzbuch) sind zu beachten. In Leitungsnähe sind Erdarbeiten unbedingt mit Hand und mit äußerster Vorsicht auszuführen. Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist gegebenenfalls durch Kabelortung oder Quergrabungen in Handschachtung festzustellen. Das Abgreifen (Ausmessen) von Maßen aus der Leitungsdokumentation ist nicht zulässig. Leitungsverdrängungen von Parallelkabel (u. a. in Mehrspartenplänen) können zusätzliche Verfälschungen der Leitungslagen in der Dokumentation darstellen.
- Bagger oder sonstige maschinelle Aufgrabungsgeräte sowie spitze Geräte (Dorne, Schnurpfähle) dürfen im Gefährzungsbereich der Verteilungsanlagen nur dann eingesetzt werden, wenn deren genaue Lage bekannt und eine Beschädigung ausgeschlossen ist. Dies gilt insbesondere auch für den Einsatz von grabenlosen Verlegeverfahren (z.B. Bodenraketen).
- Werden Verteilungsanlagen oder Warnbänder an Stellen, die in keinen Plan eingezeichnet sind angetroffen, so ist der Betreiber der Verteilungsanlage unverzüglich zu ermitteln und zu verständigen. Die Arbeiten sind in diesem Bereich zu unterbrechen, bis mit dem Zuständigen Einvernehmen über das weitere Vorgehen erzielt wurde.

2. Verhaltensregeln bei Freileitungen

- Achtung: Wer Freileitungen – gleichgültig mit welchen Gegenständen – berührt, befindet sich in akuter Lebensgefahr. Eine Annäherung an die Leitung innerhalb des Schutzbereiches kommt wegen eines Überschlags einer Berührung gleich.
- Vor Beginn der Arbeiten sind alle beteiligten Personen über die Gefahren bei Arbeiten in der Nähe bzw. unter Freileitungen zu unterweisen.
- Bei Verwendung von Baugeräten, wie Bagger, Krane, Kipper-Lastwagen, Leitern, Bauaufzügen, Baugerüsten usw. sowie Transport und Lagerung von Baumaterialien sind folgende Schutzabstände lt. DGUV Vorschrift 3 von spannungsführenden Leitungen einzuhalten:

Bei Freileitungen mit Spannungen	Schutzabstände
Bis 1000 Volt (Niederspannung)	1 m nach allen Seiten
über 1 kV bis 110 kV	3 m nach allen Seiten
unbekannt	5 m nach allen Seiten

- Im Zweifelsfalle erteilt der zuständige Standort des Netzbetreibers über die Höhe der Spannung einer Freileitung sowie über den erforderlichen Schutzabstand Auskunft. Neben der ergonomischen Komponente ist auch ein technisches Versagen von Geräten und Betriebsmitteln für die Einhaltung der Abstände zu berücksichtigen.
- Die einzuhaltenden Schutzabstände beziehen sich auf die tatsächliche Lage der Leiterseile. Daher ist das mögliche seitliche Ausschwingen der Leiterseile bei Wind zusätzlich zu beachten. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass sich der Durchhang der Leiterseile witterungs- und belastungsbabhängig erheblich ändern kann. Innerhalb des Spannfeldes ist sicherzustellen, dass durch Aufschüttungen etc. der Mindestabstand von 6 m zwischen Leiter und Erdoberfläche eingehalten wird. Bei der Ermittlung des Abstandes sind der größte Durchhang und die Windlast unter Anwendung der DIN EN 50341bzw. die DIN EN 50423 zu berücksichtigen. Bei Unsicherheiten bezüglich Durchhangs- und Abstandsermittlung ist im zuständigen Standort des Netzbetreibers Auskunft einzuholen.
- Bei einer unumgänglichen Annäherung an die Schutzabstände sind wahlweise folgende Maßnahmen zu treffen, damit die genannten Abstände mit Sicherheit nicht unterschritten werden:
 - Aufstellen von Warnposten, welche die Bewegung der Geräte überwachen und die Verantwortung für die Sicherheit übernehmen.
 - Aufstellen von Sperrschränken, welche den Schutzabstand absichern.
 - Umgeben der Freileitung mit einem Schutzgerüst (nur bei abgeschalteter Leitung und unter Aufsicht eines Mitarbeiters des Netzbetreibers).
 - Wenn obige Maßnahmen nicht durchgeführt werden können, muss in Verbindung mit einem Mitarbeiter des zuständigen Standortes des Netzbetreibers eine andere Lösung gefunden werden, wie z. B. bei kreuzenden Fahrwegen das Aufstellen einer Höhenbegrenzung vor und hinter der Freileitung.
- Sollten Schutzabstände oder obige Maßnahmen nicht eingehalten werden können, so muss die betreffende Anlage bzw. Leitung freigeschaltet werden. Hierfür sind rechtzeitige Informationen und Abstimmungen mit dem zuständigen Standort des Netzbetreibers durchzuführen.
- Bitte setzen Sie sich zur Abstimmung der weiteren Verfahrensweise mit dem zuständigen Standort des Netzbetreibers in Verbindung:
 - wenn Masterder (z. B. verzinktes Bandeisen) beschädigt werden.
 - zu eventuellen Möglichkeiten der Freischaltung, Umsetzung bzw. Isolierung von Freileitungen.
 - wenn trotz aller Sorgfalt eine Freileitungsanlage beschädigt wird, um weitere Schäden und Gefahren abzuwenden. Die Gefahrenstelle ist zu sichern und die Arbeiten sind bis zum Eintreffen des Mitarbeiters des Netzbetreibers einzustellen.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass eine beschädigte Freileitung vor „Freigabe“ durch unseren Mitarbeiter auf keinen Fall berührt werden darf, da hier **Lebensgefahr** besteht.

3. Verhaltensregeln bei Kabeln

- Die Verlegetiefe von Verteilungsanlagen beträgt zwar in der Regel 60 – 150 cm; abweichende Tiefen sind jedoch aus den verschiedensten Gründen möglich (selbst 10 – 20 cm), aber auch größere Tiefen sind aus verschiedensten Gründen, wie z.B. Niveauänderungen, möglich.
- Kabel sind bei Legung mit sogenannten Kabelsteinen, Ton- bzw. Kunststoffhauben oder Schutzrohren abgedeckt und/oder durch Trassen- oder Kunststoffbänder gekennzeichnet oder liegen frei im Erdreich. Bei Arbeiten im Erdreich darf nicht auf das Vorhandensein derartiger Schutz-/Warnmaßnahmen vertraut werden, da diese z. B. durch Baumaßnahmen nachträglich entfernt sein können. Diese können die Kabel auch nicht gegen mechanische Beschädigungen schützen, sondern lediglich auf das Vorhandensein von Energieanlagen aufmerksam machen (Warnschutz!). Für den Fall abweichender Legetiefen oder Leitungsverläufen kann ein Mitverschulden des Netzbetreibers bei Leitungsbeschädigungen nicht begründet werden.
- Kabel können sowohl mit rotem bzw. schwarzem Kunststoffmantel als auch mit Jute/Metall-Außenmantel angetroffen werden. In den Plänen werden grundsätzlich alle Verteilungsanlagen als System dargestellt, das heißt, ein Kabelsystem kann im Erdreich als 3 x Einleiterkabel bzw. 1 x Mehrleiterkabel vorkommen. Werden in der Nähe von Verteilungsanlagen Erdungsleitungen (meist verzinkte Bandeisen oder Kupferseile) freigelegt, dürfen diese nicht unterbrochen werden, da sie Schutzfunktionen erfüllen. Wir weisen darauf hin, dass auch Kabel anderer Versorgungsträger bzw. stillgelegte Kabel angetroffen werden können.
- Baumaschinen sind bis zu einer Annäherung an die Trasse einzusetzen, die mit Sicherheit eine Gefährdung der Verteilungsanlagen ausschließt. Erforderlichenfalls sind besondere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Diese sind, ebenso wie Rohrvortriebs-, Bohr- und Sprengarbeiten, das Einschlagen (Rammen) von Pfählen, Bohlen und Spundwänden, das Einspülen von Filtern für Grundwasserabsenkungen, der Einsatz von Durchörterungsgeräten u. ä. mit dem Netzbetreiber abzustimmen. Im Bereich von Kabelanlagen dürfen Pfähle, Dorne oder andere spitze Gegenstände nicht in den Erdboden getrieben werden. Werden Warnbänder, Schutzrohre, Kabeldecksteine, Erdungsanlagen oder Kabel angetroffen, so ist die Arbeit mit besonderer Vorsicht (ggf. Handschachtung) fortzusetzen. Freigelegte Kabel müssen beim Verfüllen wieder ordnungsgemäß abgedeckt, verdichtet und mit Kabelwarnband (20 cm über Kabelscheitel) versehen werden. Erst ab einer Überdeckung von 40 cm (30 cm nach ATV DIN 18300) ist eine lagenweise, maschinelle Verdichtung zulässig.
- Lageänderungen und/oder das Verfüllen von freigelegten Verteilungsanlagen dürfen vom ausführenden Unternehmen nicht selbstständig, sondern nur in Abstimmung mit dem Netzbetreiber vorgenommen werden.
- Schachtdeckel müssen stets zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung nicht verdeckt oder entfernt werden.
- Wenn unzulässige Näherungen von Kabeln zu Gasverteilungsleitungen festgestellt werden, ist der Netzbetreiber zu informieren. (Sicherheitsbereich: 10 cm (MS-Kabel 20 cm) bei Kreuzungen, 20 cm (MS-Kabel 40 cm) bei Parallelverlegung. Für lichte Mindestabstände von Kabeln zu Gasverteilungsanlagen gelten die Werte im Merkblatt „Verhaltensregeln bei Gasanlagen“.
- Bitte setzen Sie sich zur Abstimmung der weiteren Verfahrensweise mit dem zuständigen Kundenter/Standort des Netzbetreibers in Verbindung:
 - bevor mit den Arbeiten begonnen wird. Unsere Verteilungsnetze sind ständigen Veränderungen unterworfen. Aus diesem Grund haben die anliegenden Pläne eine begrenzte Gültigkeitsdauer. Der zuständige Standort nimmt gegebenenfalls eine örtliche Einweisung vor. Es werden Aufträge zur Kabelortung und Kabelfeststellung ggf. Schalthandlungen abgestimmt.
 - wenn es, bedingt durch Ihre Baumaßnahmen bzw. Planungen, zur Überbauung unserer Kabel, zur Veränderung der Legetiefe bzw. zur Behinderung Ihrer Baumaßnahme durch unsere Verteilungsanlagen kommt. Beantragen Sie bitte die Umlegung unserer Verteilungsanlagen bzw. die Legung dieser im Schutzrohr durch den Netzbetreiber. Der Netzbetreiber wird dann bei Erfordernis dem Antragsteller auf Grundlage des Antrages ein Angebot für die Umlegung unterbreiten und dafür sorgen, dass die notwendigen Maßnahmen gefahrlos und entsprechend geltenden Richtlinien durchgeführt werden. Ggf. sind für Planungszwecke Quergrabungen in Handschachtung durchzuführen.
 - wenn durch den Bauausführenden Kabel in einer Baugrube freigelegt werden. Ihr Netzbetreiber wird eventuell durch Beistellen eines erfahrenen Mitarbeiters dafür Sorge tragen, dass diese Arbeiten gefahrlos und sachlich richtig durchgeführt werden.

- wenn eingetragene Leitungslagen nicht aufgefunden werden. Es kann nicht automatisch von dem Nichtvorhandensein dieser Leitungen ausgegangen werden.
- wenn in der Nähe von Verteilungsanlagen Schutzrohre und Erdungsanlagen angetroffen werden, die nicht in den Bestandsplan-Ausschnitten enthalten sind.
- Wenn trotz aller Sorgfalt Kabel oder Schutzrohre beschädigt (auch (leichte) Beschädigungen, die nicht zur unmittelbaren Zerstörung des Kabels führen, wie z.B. leichte Pickhiebe) werden, dann gilt zur Abwendung weiterer Schäden und Gefahr:
 - Die Bauarbeiten sind sofort einzustellen, der Gefährdungsbereich ist sicher zu verlassen. Die Schadenstelle ist außerhalb des Schutzbereiches gegen Betreten zu sichern.
 - Es besteht Lebensgefahr für alle Personen in der Umgebung der Schadenstelle. Es können noch lebensgefährliche Schrittspannungen auftreten.
 - Einem beteiligten Fahrzeug oder Gerät darf man sich auf keinen Fall nähern, auch wenn die Spannung abgeschaltet zu sein scheint.
 - Fahrzeugführer dürfen den Fahrzeugstand nicht verlassen, sondern sollten versuchen durch Schwenken des Auslegers das Kabel oder durch Wegfahren des Fahrzeuges, den Kontakt zum Kabel zu unterbrechen, um so aus dem Gefahrenbereich zu gelangen. Sich nähernde Personen sind zu warnen.
 - Unverzüglich Störungsnummer „Strom“ anrufen.
 - Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass ein beschädigtes Kabel vor „Freigabe“ durch unseren Mitarbeiter auf keinen Fall berührt werden darf, da hier Lebensgefahr besteht.

4. Verhaltensregeln bei Gasanlagen

- Beschädigungen (auch ohne Gasaustritt z. B. Deformierung oder Beschädigung der Umhüllung) von Verteilungsanlagen sind sofort und unmittelbar an die o. g. Entstörungsnummer zu melden.
- Ist die Rohr umhüllung beschädigt worden, so darf die Verfüllung erst nach Instandsetzung und mit Zustimmung des Netzbetreibers erfolgen.
- Im Netz eingebaute Armaturen dürfen nur vom Fachpersonal des Netzbetreibers oder auf dessen ausdrückliche Anweisung bedient werden!
- Die Anwesenheit eines Beauftragten des Netzbetreibers an der Aufgrabungsstelle entbindet das ausführende Unternehmen nicht von seinen Sorgfaltspflichten und von der Haftpflicht bei evtl. auftretenden Schäden.
- In Leitungsnähe sind Erdarbeiten generell nur von Hand oder Saugbagger und mit äußerster Vorsicht auszuführen.
- Lageänderungen und/oder ggf. das Verfüllen von freigelegten Verteilungsanlagen dürfen vom ausführenden Unternehmen nicht selbstständig, sondern nur in Abstimmung mit dem Netzbetreiber vorgenommen werden und nur nach dessen Anweisung erfolgen.
- Werden Warnbänder, Schutzrohre, Kabel oder Gasleitungen angetroffen, so ist die Arbeit mit besonderer Vorsicht (Handschachtung) fortzusetzen. Freigelegte Gasleitungen müssen beim Verfüllen wieder ordnungsgemäß abgedeckt, verdichtet und mit Gaswarnband (30 cm über der Gasleitung) versehen werden. Erst ab einer Überdeckung von 40 ist eine lagenweise, maschinelle Verdichtung zulässig.
- Straßenkappen müssen stets zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung nicht verdeckt oder entfernt werden.
- Bei Anwendung grabenloser Verfahren im Bereich von Gasleitungen gelten die unten aufgeführten Mindestabstände. Die grabenlosen Verfahren sind im Vorfeld dem Netzbetreiber anzuzeigen und mit ihm abzustimmen. Erforderlichenfalls wird der Netzbetreiber die Abstände erweitern und die Herstellung von zusätzlichen Suchschachtungen im gefährdeten Bereich bzw. die Freilegung der Kreuzung der Gasleitung als Auflage erteilen. Im Bereich von Gasleitungen sind grabenlose Verlegungsverfahren nur zulässig, die eine genaue Position des Vortriebs unter Beachtung der Sicherheitsabstände gewährleisten. Zur Sicherstellung der Lage der eingezogenen Leitung sind durch den Bauherrn ggf. auch Maßnahmen erhöhten Aufwandes durchzuführen.
- Kreuzungen von Gasleitungen sind grundsätzlich rechtwinklig und als Unterkreuzung auszuführen. Bei Vorhandensein eines Schutzstreifens sind Knickpunkte außerhalb davon anzugeben.
- Werden Gasleitungen gekreuzt, die im Bohrverfahren errichtet worden sind, sind grundsätzlich Suchschachtungen zur Freilegung des Bohranfangs und des Bohrendes durchzuführen.
- Bei Kreuzung von Gasleitungen mit einer Bastraße für Schwerlastverkehr (≥ 40 t), für das Kreuzen der Gasleitung durch Land- und Fortwirtschaftsfahrzeuge (≥ 40 t) sowie Aufstellung von Kränen auf Gasleitungen sind bei dem Netzbetreiber die Sicherheitsmaßnahmen im Einzelfall abzufragen.
- Vor Ramm- und Bohrarbeiten ist die genaue Lage der Gasleitung durch Ortung und/oder Suchschachtung festzustellen. Der Abstand richtet sich nach der Intensität der übertragenen Schwingungen und wird vom Netzbetreiber individuell festgelegt. Kann die genaue Lage der Gasleitung nicht festgestellt werden (z. B. bei gesteuerten Bohrungen $> 2,0$ m Tiefe), so ist von der Achse der Gasleitung (Lageplan) zur Außenwand der Spundung allseitig ein Mindestabstand von 3,00 m einzuhalten.
- Eine Überbauung von Gasleitungen oder die Überpflanzung mit Bäumen oder tiefwurzelnden Gehölzen ist nicht zulässig. Um den kathodischen Korrosionsschutz von Leitungen nicht zu gefährden, dürfen keine elektrisch leitenden Verbindungen zu metallischen Gasrohrleitungen hergestellt werden. Außerdem sind in der Örtlichkeit vorgefundene Messsäulen durch ein Erdkabel mit der Stahlleitung, dem Mantelrohr sowie dem Steuerkabel verbunden. Bei Kreuzungen bzw. Parallelverlegungen sind Beeinflussungen auszuschließen.
- Bei der Verfüllung des Rohrgrabens sind freigelegte Gasverteilungsanlagen mind. 0,10 m allseitig mit steinfreiem neutralem Boden (Rundkorn 0 – 2 mm) zu umhüllen. Die Weiterverdichtung hat lagenweise zu erfolgen. Zur weiteren Verfüllung dürfen keine größeren Steine (Körnung > 100 mm), kein schwer-entfernbare Material und kein Bauschutt verwendet werden.

Sicherheitsabstände, Schutzstreifen und Schutzmaßnahmen

Folgende lichte Mindestabstände von Ver- und Entsorgungsleitungen zu Gasverteilungsanlagen (einschließlich Zubehör z.B. KKS- und Fernmeldekabel) der Netzbetreiber sind einzuhalten.

Gasleitung	Abstand bei offener Parallelverlegung	Abstand bei geschlossener Parallelverlegung	Abstand bei offener Kreuzung	Abstand bei geschlossener Kreuzung
Gasleitung aus Kunststoff ≤ 16 bar	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Kunststoff ≤ 16 bar zu Kabel bis 1kV	0,20 m	1,00 m	0,10 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl ≤ 16 bar	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl > 16 bar innerhalb öffentlicher Verkehrsflächen	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl > 16 bar außerhalb öffentlicher Verkehrsflächen *				
▪ Leitung bis DN 150	1,00 m	1,00 m	0,50 m	1,00 m
▪ Leitung über DN 150 bis DN 400	1,50 m	1,50 m	0,50 m	1,00 m
▪ Leitung über DN 400 bis DN 600	2,00 m	2,00 m	0,50 m	1,00 m
▪ Leitung über DN 600 bis DN 900	3,00 m	3,00 m	0,50 m	1,00 m
▪ Leitung über DN 900	3,50 m	3,50 m	0,50 m	1,00 m

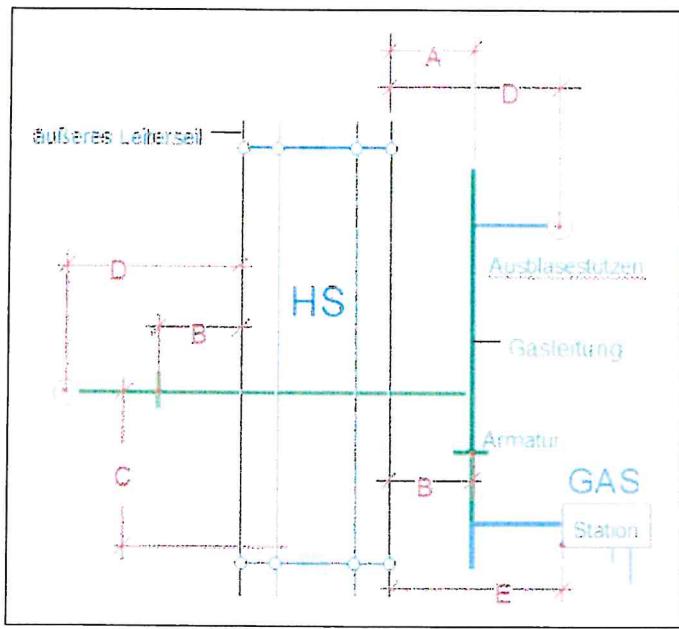
* Bei parallel verlegten Gasleitungen unterschiedlicher Durchmesser gilt für die Abstandsvorgabe stets der größere Durchmesser.

Für HS – Kabel gelten gesonderte Mindestabstände zu Gasleitungen aller Materialien und Druckstufen:

HS – Kabel	Abstand bei offener Parallelverlegung	Abstand bei geschlossener Parallelverlegung	Abstand bei offener Kreuzung	Abstand bei geschlossener Kreuzung
< 110 kV	2,00 m	2,00 m	0,50 m	1,00 m
≥ 110 kV	5,00 m	5,00 m	1,00 m *	2,00 m
≥ 380 kV	10,00 m	10,00 m	1,00 m *	2,00 m
* mit thermisch isolierenden Zwischenlagen				

Des Weiteren gilt, dass sich die Schutzstreifen der HS – Kabel und die Schutzstreifen der Gasleitung nur berühren dürfen (keine Überlappung).

Für HS – Freileitungsanlagen (Leitungen, Maste, Erder, etc.) gelten beim Netzbetreiber folgende Mindestabstände zu Gasleitungen, oberirdischen Gasanlagen (Stationen) sowie Absperr- und Ausblasarmaturen.

Bild: 1Tabelle: 1

		Mindestabstände (m)	
		< 110 kV	≥ 110 kV
A	Rohrachse - Leiterseil ¹	10	10
B	Armatur - Leiterseil ¹	10	10
C	Rohrachse - Mast ²	20	20
D	Ausblasestutzen - Leiterseil ¹	35	35
E	Station - Leiterseil ¹	35	55

1 ... vertikale Projektion

2 ... Kreuzung / Querung der Freileitung
stets senkrecht zur Freileitungstrasse

Kathodische Korrosionsschutzanlagen müssen sich außerhalb der Beeinflussung von Hochspannungsfreileitungen (einschließlich Fahr- und Speiseleitung) befinden. Fremdstromanaoden müssen bei Freileitungsmasten mit Erdseil mindestens 30 m vom Mastfuß und dessen Erdern entfernt sein.

Zwischen Gebäuden und oberirdischen Gasanlagen (Stationen) sowie Entspannungseinrichtungen der Gasversorgung sind folgende Mindestabstände zu beachten:

Tabelle 2

oberirdischen Gasanlagen (Station)	10,00 m
Entspannungseinrichtungen Leitung (Ausbläser)	20,00 m

Eine Bebauung näher als 20 m zu Gashochdruckleitungen größer 4 (5) bar bedarf der ausdrücklichen Genehmigung durch den Netzbetreiber, der individuelle Schutzmaßnahmen festlegt.

Zur Sicherung des Bestandes und Betriebes liegen Gasleitungen in einem Schutzstreifen. Die Außengrenzen des Schutzstreifens werden durch die Lage der Gasleitung bestimmt, deren Achse grundsätzlich unter der Mittellinie des Schutzstreifens liegt. Lageabweichungen können auftreten.

Tabelle 3

Gasleitung	Betriebsdruck (bar)	Schutzstreifen gesamt (m)
Nieder-, Mittel- und Hochdruck-Gasleitung	$\leq 4(5)$	2
Hochdruck-Gasleitung	$> 4(5)$ bis ≤ 16	4
Hochdruck-Gasleitung		
- $\leq DN 150$	> 16	4
- $> DN 150$ bis $DN 300$		6
- $> DN 300$ bis $DN 500$		8
Hochdruck-Gasleitung (Baujahr vor 1990)	$> 4(5)$	8

Die Verlegung von unter- und oberirdischen Bauwerken und sonstigen Anlagen im Schutzstreifen einer Gasleitung > 16 bar wird vom Netzbetreiber nur im Ausnahmefall gestattet.

Voraussetzung dafür ist der Abschluss einer Interessensabgrenzungsvereinbarung.

Die Verlegung ist terrestrisch zu vermessen und an den Netzbetreiber im dxf-Format zu übergeben.

Die Kreuzung von Schutzstreifen einer Gasleitung > 16 bar durch Kabel oder Leitungen unterliegt folgenden Mindest-anforderungen:

- Verlegung der Kabel oder Leitungen in einem Leerrohr, dessen Enden sich außerhalb des Schutzstreifens der Gasleitung befinden
- Kreuzung rechtwinklig zur Gasleitung
- dauerhafte und gut sichtbare Markierung der Kreuzung an beiden Enden des Leerrohres

Wichtige Hinweise zum Verhalten bei Beschädigungen an Gasverteilungsanlagen

Maßnahmen bei Gasaustritt im Freien:

Wenn eine Gasleitung so beschädigt worden ist, dass Gas austritt oder Undichtigkeiten zu befürchten sind, sind sofort folgende Vorkehrungen zur Verringerung von Gefahren zu treffen:

- Bei ausströmendem Gas besteht Brand- und Explosionsgefahr; Zündquellen (z. B. Funkenbildung) vermeiden, nicht rauchen, kein Feuer anzünden!
- Arbeiten im Bereich der Schadensstelle sofort einstellen, dazu gehört auch sofort alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abzustellen!
- Keine Mobiltelefone im Gefahrenbereich verwenden!
- Keine elektrischen Verbindungen herstellen oder lösen!
- Markisen von Hand einrollen, Bewohner warnen und zum Verlassen des Gefahrenbereiches auffordern.
- Wenn möglich Kanalisation, Schächte, Telefonzellen und andere Hohlräume auf eingedrungenes Erdgas überprüfen.
- Gefahrenbereich räumen, weiträumig absichern und Zutritt unbefugter Personen verhindern!
- Den Netzbetreiber unverzüglich benachrichtigen! (jeweilige Entstörungsnummer Gas)
- Erforderlichenfalls Polizei und/oder Feuerwehr benachrichtigen.
- Erste Hilfe leisten!
- Keine elektrischen Geräte, Schalter, Klingeln etc. betätigen!
- Fenster und Türen angrenzender Gebäude schließen, damit kein im Freien ausströmendes Gas eindringen kann!
- Weitere Maßnahmen mit dem Netzbetreiber und den zuständigen Dienststellen abstimmen!
- Das Baustellenpersonal darf die Schadenstelle nur mit Zustimmung des Netzbetreibers verlassen!

Maßnahmen: Gasaustritt im Gebäude

- Gleiche Verfahrensweise wie Gasaustritt im Freien.
- Lüftungsmaßnahmen durchführen!
- Absperrarmatur nur auf ausdrückliche Anweisung des Netzbetreibers schließen!
- Mitbewohner durch Klopfen und lautes Rufen warnen (nicht klingeln oder telefonieren)!

Maßnahmen bei Gasbrand:

- Gleiche Vorgehensweise wie Gasaustritt
- Gasbrände nicht löschen (Vermeidung der Explosionsgefahr). Muss aus Gründen der Personenrettung doch ein Erdgasbrand gelöscht werden, sind Pulverlöscher der Brandklasse C zu verwenden.
- Ein Übergreifen der Flammen auf brennbare Materialien in der Umgebung verhindern.

Vorsicht bei Schäden an Biogasleitungen

- Gase aus der biologischen Erzeugung können neben Methan auch Kohlenstoffdioxid und Schwefelwasserstoff enthalten. Kohlenstoffdioxid kann den Sauerstoff in der Atemluft verdrängen, das Einatmen von Schwefelwasserstoff gefährdet die Gesundheit.

Strafrechtliche Konsequenzen und Schadenersatzansprüche

- Verstöße eines Unternehmens gegen die obliegende Erkundungs- und Sorgfaltspflicht führen im Schadensfall zu einer Schadensersatzverpflichtung nach § 823 BGB und können darüber hinaus auch mit strafrechtlichen Konsequenzen verbunden sein.
- Der Einsatz von Subunternehmern für die Tiefbauarbeiten setzt Übernahme und Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht voraus. Der Hauptunternehmer hat alle in einer eventuellen Einweisung gegebenen Informationen, übergebene Bestandspläne bzw. Kopien und die „Bestandsplan-Auskunft“ an die bauausführenden Firmen zu übergeben. Auch wenn das Tiefbauunternehmen für eigenes Verschulden gem. §§ 823, 31 BGB selbst haftet, bleibt der Hauptunternehmer für eventuell entstandene Leitungsschäden und deren Regulierung primär gegenüber dem Netzbetreiber haftbar.

5. Baumpflanzung/Bebauung im Bereich von Verteilungsanlagen

Von der Begrünung und Bepflanzung innerstädtischer Wege, Straßen und Plätze werden die unterirdischen Verteilungsanlagen und Freileitungen erfahrungsgemäß erheblich betroffen.

Verschiedene Interessen erfordern die gegenseitige Rücksichtnahme und ein rechtzeitiges Zusammenwirken aller Beteiligten bei der Planung und Durchführung von Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen. In diesem Zusammenhang verweisen wir Sie auf die Hinweise „Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“. Diese wurden vom Arbeitskreis „Baumpflanzungen im Bereich von Verteilungsanlagen“ im Arbeitsausschuss „Kommunaler Straßenbau“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) in Zusammenarbeit mit der DVGW der ATV-ad-hoc-Arbeitsgruppe „Baumstandorte“ im Fachausschuss 1.6 „Ausschreibungen und Ausführungen von Entwässerungsanlagen“ erarbeitet. Dies ist textgleich mit dem DVGW-Merkblatt GW 125 „Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle“.

Für unterirdische Trassen gilt zusätzlich:

Bei der Pflanzung im Bereich bestehender unterirdischer Gasleitungen und Kabel sind die Trassen grundsätzlich von Baumpflanzungen freizuhalten. Abstände von Baumpflanzungen zu bestehenden Verteilungsanlagen: (Die nachfolgenden Maße beziehen sich auf den horizontalen Abstand des Stammes zur Gasleitung bzw. Kabel)

- Bei einem Abstand von über 2,50 m sind Schutzmaßnahmen in der Regel nicht erforderlich.
- Bei einem Abstand zwischen 1,00 und 2,50 m ist in Abhängigkeit von Baumart und Leitungstyp der Einsatz von Schutzmaßnahmen zu prüfen und zu entscheiden.
- Bei einem Abstand unter 1,00 m ist eine Baumpflanzung nur im Ausnahmefall, unter Abwägung der Risiken, möglich. Besondere Schutzmaßnahmen sind zu vereinbaren.
- Pflanzgruben sind von Hand anzulegen, wenn die Außenkante einen geringeren Abstand als 0,50 m zur bestehenden Gasleitung oder Kabel besitzt.

Der Schutzbereich für 110 kV-Kabelanlagen beträgt 10 m. Innerhalb des Schutzbereiches darf keine Bepflanzung mit Gehölzen erfolgen. Der Schutzbereich darf nicht mit Bauwerken überbaut werden.

Bei geplanten Überbauungen (z. B. Straßen, Parkplätze usw.) sind zur Gewährleistung der erforderlichen Sicherheit eventuell zusätzliche Maßnahmen erforderlich. Die hierdurch verursachten Kosten sind durch den Antragsteller zu tragen.

Sofern Schutzmaßnahmen erforderlich werden, bedürfen diese der Abstimmung zwischen den Beteiligten.

Möglich sind z. B.:

- Trennwände aus Stahl, Beton oder wurzelfeste Kunststoffplatten
- ringförmige Trennwand (Betonrohr / Kanalschacht)
- Schutzrohre oder längsgeteilte Schutzrohre

Beim Einbau von parallelen Trennwänden müssen diese von der Oberfläche bis mindestens auf Sohlhöhe des Gasleitungs- bzw. Kabelgrabens geführt werden. Sie müssen aus schwer verrottbarem Material (Beton, Stahl, geeignete Kunststoffe) sein.

Ungeeignet sind z. B.:

- dünnwandige Folien < 2mm, Abdeckhauben, Trennwände mit ungeschützten Fugen
- Kabelkanalformsteine aus Beton

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen unsere Kundencenter/Standorte gerne zur Verfügung.

Für Freileitungen gilt:

Unter Freileitungen sind grundsätzlich keine Bauwerke zu errichten. Die Errichtung von Bauwerken ist nur möglich, wenn die innerhalb der vor genannten Normen geforderten Abstände nachgewiesen werden.

Verbindungen und Abspannungen, Plakate, Planen und sonstige Teile dürfen an Masten von Freileitungen nicht angebracht werden

Baumpflanzungen in der Nähe unserer Freileitungen stimmen wir grundsätzlich nicht zu, da diese bedingt durch den Baumwuchs, zur Beeinträchtigung der Versorgungszuverlässigkeit unserer Kunden führen können.

Die Zugänglichkeit der Maststandorte und der Trasse ist für Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten jederzeit zu gewährleisten.

Bei geplanten Straßen hat der Abstand zwischen Fahrbahnkante und den Masteckstilen, die der Fahrbahn zugewandt sind, mindestens 15 m zu betragen. Maßnahmen des Anfahrschutzes müssen im Einzelfall gesondert abgestimmt werden

Bei der Kreuzung mit Straßen und befahrbaren Verkehrsflächen aller Art ist gemäß DIN EN 50341 zwischen Fahrbahnoberkante und Leiterseil ein Mindestabstand bei größtmöglichem Leiterseildurchhang von 7 m einzuhalten. Die Ermittlung des größten Leiterseildurchhangs und des seitlichen Ausschwingens erfolgt unter Berücksichtigung der DIN EN 50341. Es ist deshalb erforderlich, dass ein Bauprojekt beim Netzbetreiber zur Prüfung auf Einhaltung der nach DIN EN 50341 geforderten Abstände eingereicht wird, aus der die Fahrbahnhöhe, bisherige Geländehöhe und benachbarten Maststandorte hervorgehen.

Sicherheitshinweise für Arbeiten in der Nähe von Kabel-, Gas- und Freileitungen

Datum: 15.02.2021

Inhalt

1	Einleitung	3
1.1	Pflichten des Bauunternehmers bzw. Bauherrn	3
1.2	Erkundigungspflicht und Baubeginn	3
1.3	Schäden und Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen	3
1.4	Kennzeichnung / Markierung	4
1.5	Unbekannte Leitungen	4
1.6	Lageänderungen und Wiederverfüllen von bestehenden Versorgungsanlagen	4
1.7	Aufsicht	4
2	Arbeiten in der Nähe von Kabeln und Leitungen	5
2.1	Verlegetiefen von Kabeln und Leitungen	5
2.2	Freilegen von Kabeln	5
2.3	Oberirdische Anlagen	5
2.4	Hinweisschilder	5
2.5	Beschädigung eines Starkstromkabels	5
2.6	Besonderheiten bei 110 kV-Hochspannungskabel	6
3	Arbeiten in der Nähe von Gasleitungen	7
3.1	Verlegetiefen von Gasleitungen	7
3.2	Freilegen von Gasleitungen	7
3.3	Oberirdische Anlagen	7
3.4	Hinweisschilder / Ortung	7
3.5	Beschädigung an Gasverteilungsanlagen	8
4	Arbeiten in der Nähe von Freileitungen	9
4.1	Schutzabstände bei Freileitungen mit einer Spannung von:	9
4.2	Beispiel einer 20.000 Volt Freileitung ohne Windeinfluss	9
4.3	Beispiel einer 110.000 Volt Freileitung mit Windeinfluss	10
4.4	Maßnahmen bei Annäherung an den Schutzabstand	11
4.5	Beschädigung, Berührung einer Freileitung	12
4.6	Beschädigung von Freileitungsmasten oder Erdungsanlagen	13
4.7	Befestigungen an Freileitungsmasten	13
5	Übersicht Standorte Bayernwerk Netz GmbH	14
5.1	Übersichtskarte	14
5.2	Unternehmensleitung	14
5.3	Unsere Kundencenter im Überblick	15
6	Wichtige Rufnummern auf einen Blick	17

1 Einleitung

Versorgungsanlagen dienen der öffentlichen Energieversorgung und sind vor Beschädigung bzw. vor äußeren Einwirkungen zu schützen. Diese Unterlage soll Ihnen helfen Unfälle und Schäden an Versorgungsanlagen zu vermeiden. Allen auf Baustellen tätigen Personen wie z. B. Bauherren, Bauleiter, LKW-Fahrer, Kranführer und Baggerführer sollen diese Sicherheitshinweise zugänglich sein.

Weiter gelten unter anderem die folgenden Regelungen in den jeweils aktuell gültigen Fassungen:

- „Elektrische Anlagen und Betriebsmittel“ DGUV-Vorschrift 3 (bisher BGV A3)
- „Bauarbeiten“ DGUV-Vorschrift 38 8 (bisher BGV C22)
- „Betreiben von Erdbaumaschinen“ DGUV-Regel 100-500 Kapitel 2.12 (bisher BGR 500)
- „Schutzmaßnahmen bei Erdarbeiten in der Nähe erdverlegter Kabel und Rohrleitungen“ DGUV Information 203-017
- „Betrieb von elektrischen Anlagen“ DIN VDE 0105-100
- Vorschriften der DVGW (*Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.*)
 - „Sicherheit bei Bauarbeiten im Bereich von Versorgungsanlagen“ DVGW- Hinweis GW129
 - „Bauunternehmen im Leitungstiefbau-Mindestanforderung“ DVGW- Arbeitsblatt GW381
- Vorschriften der BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserrwirtschaft e. V.)

Die Sicherheitshinweise gelten für jegliche Arbeiten im Bereich von Leitungen und Anlagen, die der Stromversorgung, der Gasversorgung, der Straßenbeleuchtung sowie deren Steuerung dienen und direkt oder im Auftrag eines Dritten von der Bayernwerk Netz GmbH betrieben werden.

Zum öffentlichen Versorgungsnetz gehören z. B. Kabel bis 110.000 Volt, Kabelmuffen, Rohrleitungen, Schutzrohre, Armaturen, kathodische Korrosionsschutzanlagen, Erdungsanlagen, Kabelabdeckungen, Telekommunikations-, Steuer- und Messkabel sowie oberirdische Bauwerke und Freileitungen bis 380.000 Volt.

1.1 Pflichten des Bauunternehmers bzw. Bauherrn

Vor jeder Durchführung von Erdarbeiten – insbesondere im Bereich öffentlicher Wege und Straßen, aber auch auf Privatgrund – hat der Bauunternehmer bzw. der Bauherr mit unterirdischen Versorgungsanlagen (Kabel- und Rohrleitungsanlagen) zu rechnen. Er ist verpflichtet, eine Beschädigung an Versorgungsanlagen oder eine Gefährdung von Personen auszuschließen. Mitarbeiter und/oder beauftragte Subunternehmer sind entsprechend zu unterweisen und zu beaufsichtigen.

Für angerichtete Schäden an Versorgungsanlagen ist der Bauunternehmer/Bauherr oder eine von ihm beauftragte Person verantwortlich, auch dann, wenn ein Beauftragter vom Netzbetreiber auf der Baustelle anwesend ist.

Der Bestand und die Betriebssicherheit der Versorgungsanlage sind während und nach Ausführung der Bauarbeiten zu gewährleiten.

1.2 Erkundigungspflicht und Baubeginn

Für den Bauunternehmer/Bauherrn besteht, nach Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, vor Durchführung von Bauarbeiten im Bereich von Versorgungsanlagen eine Erkundigungs- und Sicherungspflicht.

Rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten im Bereich von Versorgungsanlagen sind die betroffenen Versorgungsunternehmen über den Umfang der Bauarbeiten zu informieren.

Eine entsprechende Planauskunft über die Lage von Versorgungsleitungen ist einzuholen. Das Planwerk ist auf der Baustelle vorzuhalten und muss jeder bautätigen Person zugänglich sein. Die gesetzlichen Sicherheitsvorschriften sowie die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft sind zu beachten.

Diese Vorschriften gelten nicht nur für Bauarbeiten auf öffentlichen, sondern auch auf privaten Grundstücken.

1.3 Schäden und Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen

Für Schäden und Unfälle ist der Verursacher verantwortlich, auch die dadurch entstehenden Kosten sind von ihm zu tragen. Zusätzlich kann bei grob fahrlässiger Beschädigung der Versorgungsanlagen Strafanzeige gegen den Verursacher gestellt werden. Ferner ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, gegen Mitgliedsbetriebe Bußgelder zu verhängen, wenn Versicherte vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen Unfallverhütungsvorschriften verstößen.

1.4 Kennzeichnung / Markierung

Vor den Grabarbeiten ist der neue Trassenverlauf z. B. mit Trassierstangen, Pflöcken, Farbe u. Ä. zu kennzeichnen. Beste-hende Kabel- und Rohrleitungen, die im Bereich der neuen Trasse verlaufen oder sie kreuzen, sind ebenfalls zu markieren.

1.5 Unbekannte Leitungen

Werden Kabel oder Rohrleitungen gefunden, die nicht in den Bestandsplänen eingezeichnet sind, ist dies sofort zu melden. Die Arbeiten müssen unterbrochen werden, bis das weitere Vorgehen mit der Bayernwerk Netz GmbH abgesprochen ist.

1.6 Lageänderungen und Wiederverfüllen von bestehenden Versorgungs-anlagen

Lageänderungen und/oder das Verfüllen von freigelegten Versorgungsanlagen dürfen vom ausführenden Unternehmen nicht selbstständig, sondern nur in Anwesenheit eines Beauftragten der Bayernwerk Netz GmbH vorgenommen werden und nur nach dessen Anweisung erfolgen. Der vorgefundene Zustand, wie z.B. Sandbettung und Trassenwarnbänder, ist wiederherzustellen.

1.7 Aufsicht

Die Bauarbeiten sind von einer fachkundigen Aufsicht der ausführenden Baufirma zu betreuen. Die Aufsicht hat dafür zu sorgen, dass alle Arbeiten im Bereich von Versorgungsanlagen sicher und gewissenhaft ausgeführt werden.

2 Arbeiten in der Nähe von Kabeln und Leitungen

2.1 Verlegetiefen von Kabeln und Leitungen

Nach DIN VDE 0276 ist eine Verlegetiefe für Energiekabel von mindestens 0,6 m empfohlen. Kann diese Verlegetiefe nicht eingehalten werden, sollten die Kabel durch Maßnahmen (z.B. Schutzrohre) mechanisch geschützt sein.

Angaben über die Lage der Versorgungsanlagen, insbesondere die Verlegetiefe, beziehen sich immer auf den Zeitpunkt der Verlegung. Durch nachfolgende Tiefbauarbeiten oder Veränderungen an der Oberfläche (Abtragung oder Aufschüttung) können sich Abweichungen ergeben.

Der Bauunternehmer hat deshalb die Pflicht, in Absprache mit der Bayernwerk Netz GmbH, die tatsächliche Lage und Tiefe der Versorgungsanlagen durch fachgerechte Maßnahmen (z. B. Ortung, Querschläge, Suchschlitze o. Ä.) festzustellen.

Bei dennoch unvermeidbaren Antreffen derartiger Anlagen sind die Bauarbeiten sofort zu unterbrechen und die Bayernwerk Netz GmbH zu informieren.

2.2 Freilegen von Kabeln

Werden Kabel oder Schutzrohre im Baustellenbereich freigelegt, ist sicher zu stellen, dass eine Gefährdung der Versorgungsanlagen durch Baumaschinen vermieden wird. Maschinell geegraben werden darf nur bis zu einem Abstand, der das Risiko einer Beschädigung von Leitungen sicher ausschließt. In unmittelbarer Nähe von Leitungen ist nur Handschachtung erlaubt, hierbei ist darauf zu achten, dass nur stumpfe mit der Hand geführte Werkzeuge (kein Spaten, keine Spitzhacke oder dgl.) zum Einsatz kommen, um die Leitungen möglichst vorsichtig frei zu graben. Freigelegte Versorgungsanlagen sind solange als unter Spannung stehend anzunehmen, bis die Spannungsfreiheit durch einen Beauftragten der Bayernwerk Netz GmbH festgestellt wurde, ferner dürfen sie in ihrer Lage nur in Absprache verändert oder umgelegt werden. Sind Bohrungen, Pressungen oder Spülbohrungen geplant, oder das Einschlagen von Pfählen oder Böhlen, ist Vorsicht geboten, dabei ist die genaue Lage der bestehenden Versorgungsleitungen zu kennen. Hierzu ist im unmittelbaren Arbeitsbereich der Versorgungsanlagen mittels Suchschlitzen die genaue Lage festzustellen.

2.3 Oberirdische Anlagen

Ein Abstellen von Baumaterial oder Maschinen, so dass der Zugang zu den oberirdischen Versorgungsanlagen wie Stationen, Kabelverteilerschränken, Armaturen und Schachtdeckeln erschwert wird oder nicht möglich ist, ist nicht gestattet. Während der gesamten Bauzeit ist ein sicherer Zugang zu gewährleisten.

2.4 Hinweisschilder

Ein Entfernen, Versetzen oder Verdecken von Hinweisschildern, Kabelmerksteinen oder anderen Markierungen darf nur mit Zustimmung der Bayernwerk Netz GmbH ausgeführt werden.

2.5 Beschädigung eines Starkstromkabels

Wird ein Starkstromkabel beschädigt, ist höchste Vorsicht geboten. Für den Verursacher und die in unmittelbarer Nähe arbeitenden Personen besteht Lebensgefahr! Das Kabel kann noch unter Spannung stehen! Deshalb gilt:

- Gerät und sich aus dem Gefahrenbereich bringen
- Anwesende Personen warnen, „Abstand zu halten!“
- Schadenstelle schnellst möglich verlassen und absperren
- Bereitschaftsdienst Strom anrufen 0941 / 28 00 33 66

Zu den Versorgungsanlagen gehören auch Telekommunikations-, Steuer- und Messkabel. Sie dienen zur Übertragung von Datenströmen, Schaltimpulsen und Messwerten. Wird ein Kommunikationskabel beschädigt, gilt:

- Arbeiten im Bereich der Schadensstelle einstellen
- Bereitschaftsdienst Strom anrufen 0941 / 28 00 33 66

Zunehmend werden in der Telekommunikationstechnik Glasfaserkabel eingesetzt. Bei Beschädigungen des Glasfaserkabels kann ein – möglicherweise für das Auge unsichtbarer – Laserstrahl austreten. Je nach Intensität kann der direkte Blick in diesen Laserstrahl irreversible Augenschäden hervorrufen. Bei einer Beschädigung eines Glasfaserkabels gilt deshalb:

- Arbeiten im Bereich der Schadensstelle einstellen
- Personen aus dem Umfeld entfernen
- Schadenstelle abdecken
- Betreiber informieren

Jede Beschädigung von Stromkabeln, Erdungsanlagen, Telekommunikationskabeln und Glasfaserkabeln, auch nur eine Verletzung der Schutzumhüllung/des Schutzrohres oder falls der Kabelmantel nur eine Druckstelle aufweist, ist wegen der unvorhersehbaren Folgeschäden umgehend der Bayernwerk Netz GmbH zu melden. Eigenständige Reparaturversuche sind zu unterlassen.

Werden Beschädigungen nicht umgehend gemeldet, kann es z.B. durch eindringende Feuchtigkeit zu später auftretenden Folgeschäden kommen. Diese sind mit einem erheblichen Mehraufwand zu beheben. Die Kosten der Reparatur hat der Verursacher zu begleichen. Sofort gemeldete Schäden können schnell, einfach und kostengünstig behoben werden.

2.6 Besonderheiten bei 110 kV-Hochspannungskabel

Die Schutzzone von 110 kV-Hochspannungskabeln beträgt beidseitig der Kabeltrasse 5,0 m. Alle Maßnahmen innerhalb der genannten Schutzzone sind mit der Bayernwerk Netz GmbH abzustimmen.

Bei der Verlegung von Fernwärmeleitungen in der Nähe einer 110 kV-Kabeltrasse gelten andere Abstände, die wegen der Wärmeabstrahlung separat berechnet werden müssen und sind generell mit der Bayernwerk Netz GmbH im Vorfeld abzustimmen sind.

3 Arbeiten in der Nähe von Gasleitungen

3.1 Verlegetiefen von Gasleitungen

Im Allgemeinen beträgt die Überdeckung einer **Gasleitung** min. 0,5 m.

Angaben über die Lage der Gasrohrleitungen, insbesondere die Verlegetiefe, beziehen sich immer auf den Zeitpunkt der Verlegung. Durch nachfolgende Tiefbauarbeiten oder Veränderungen an der Oberfläche (Abtragung oder Aufschüttung) können sich Abweichungen ergeben.

Der Bauunternehmer hat deshalb die Pflicht, in Absprache mit der Bayernwerk Netz GmbH, die tatsächliche Lage und Tiefe der Versorgungsanlagen durch fachgerechte Maßnahmen (z. B. Ortung, Querschläge, Suchschlitze o. Ä.) festzustellen.

3.2 Freilegen von Gasleitungen

Werden Gasleitungen im Baustellenbereich freigelegt, ist sicher zu stellen, dass eine Gefährdung der Versorgungsanlagen durch Baumaschinen vermieden wird. Maschinell gegraben werden darf nur bis zu einem Abstand, der das Risiko einer Beschädigung von Leitungen sicher ausschließt. In unmittelbarer Nähe von Leitungen ist nur Handschachtung erlaubt. Hierbei ist darauf zu achten, dass nur stumpfe mit der Hand geführte Werkzeuge (kein Spaten, keine Spitzhacke oder dgl.) zum Einsatz kommen, um die Leitungen möglichst vorsichtig frei zu graben. Freilegen und Sichern der Gasleitung für nachfolgende Erdarbeiten sind nur unter Aufsicht der Bayernwerk Netz GmbH oder einer beauftragten Person durchzuführen. Ferner dürfen sie in ihrer Lage nur in Absprache verändert oder umgelegt werden. Sind Bohrungen, Pressungen oder Spülbohrungen geplant, oder das Einschlagen von Pfählen oder Bohlen, ist Vorsicht geboten. Dabei ist die genaue Lage der bestehenden Versorgungsleitungen zu kennen. Hierzu ist im unmittelbaren Arbeitsbereich der Versorgungsanlagen mittels Suchschlitzen die genaue Lage festzustellen.

Gasrohrleitungen sind in einem Schutzbereich verlegt, in dem folgende Forderungen gelten:

- Keine Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen
- Keine Lagerung von Baumaterialien, Baustelleneinrichtungen und Bodenaushub
- Keine Errichtung von Stellplätzen (z. B. Container)
- Keine Errichtung von Pfählen und Pfosten, keine Überpflanzung mit Bäumen und Sträuchern
- Keine Durchführung von Erdarbeiten, die die Gasleitung gefährden können

Im Schutzbereich von Gasverteilungsanlagen dürfen Bauarbeiten jeglicher Art nur mit Zustimmung und gegebenenfalls unter Aufsicht der Bayernwerk Netz GmbH durchgeführt werden.

3.3 Oberirdische Anlagen

Abstellen von Baumaterial oder Maschinen, so dass der Zugang zu den oberirdischen Versorgungsanlagen wie Gasstationen, Armaturen, Straßenkappen und Gasschiebern erschwert wird oder nicht möglich ist, ist nicht gestattet. Während der gesamten Bauzeit ist ein sicherer Zugang zu gewährleisten.

3.4 Hinweisschilder / Ortung

Ein Entfernen, Versetzen oder Verdecken von Hinweisschildern, Markierungspfosten, Kabelmerksteinen oder anderen Markierungen darf nur mit Zustimmung der Bayernwerk Netz GmbH ausgeführt werden.

Gasleitungen werden auch mit Ortungsdraht in Ihrer Lage markiert. Dieser befindet sich in unmittelbarer Nähe der Leitungen, bei einer Beschädigung oder Abriss ist die Bayernwerk Netz GmbH zu informieren, eine Verfüllung darf nur nach deren Zustimmung erfolgen.

3.5 Beschädigung an Gasverteilungsanlagen

Achtung: Bei Beschädigung einer Gasleitung besteht durch ausströmendes Gas Explosionsgefahr!

Maßnahmen bei Gasaustritt im Freien:

- Arbeiten sofort einstellen, Ruhe bewahren
- Keine offenen Flammen, Zündquellen fernhalten, Funkenbildung vermeiden, nicht rauchen
- Maschinen und Fahrzeugmotoren abstellen
- Gefahrenbereich räumen, weiträumig absichern und absperren
- Nicht mit Handy telefonieren, keine elektrischen Schalter oder Klingeln betätigen
- Anwohner warnen, Fenster und Türen schließen, Eindringen von Gas ins Gebäude verhindern
- Passanten fernhalten
- Bereitschaftsdienst Gas anrufen 0941 / 28 00 33 55
- Falls erforderlich, Feuerwehr und Polizei hinzuziehen

Maßnahmen bei Gasaustritt innerhalb von Gebäuden:

- Arbeiten sofort einstellen, Ruhe bewahren
- Keine offenen Flammen, Zündquellen fernhalten, Funkenbildung vermeiden, nicht rauchen
- Nicht mit Handy telefonieren, keine elektrischen Schalter oder Klingeln betätigen
- Fenster und Türen öffnen, für Durchzug sorgen
- Wenn möglich Absperreinrichtung der Gasleitung schließen
- Mitbewohner durch Klopfen und lautes Rufen warnen, nicht klingeln oder telefonieren
- Bereitschaftsdienst Gas anrufen 0941 / 28 00 33 55
- Falls erforderlich, Feuerwehr und Polizei hinzuziehen

Maßnahmen bei Gasbrand:

- Gleiche Vorgehensweise wie bei Gasaustritt
- Gasbrände nicht löschen (Vermeidung der Explosionsgefahr).
- Muss aus Gründen der Personenrettung doch ein Erdgasbrand gelöscht werden, sind Pulverlöscher der Brandklasse C zu verwenden.
- Ein Übergreifen der Flammen auf brennbare Materialien in der Umgebung vermeiden.
- Feuerwehr alarmieren

Vorsicht bei Schäden an Biogasleitungen

Gase aus der biologischen Erzeugung können neben Methan auch Kohlenstoffdioxid und Schwefelwasserstoff enthalten. Kohlenstoffdioxid kann den Sauerstoff in der Atemluft verdrängen. Das Einatmen von Schwefelwasserstoff gefährdet die Gesundheit.

Die Bayernwerk Netz GmbH ist auch dann zu benachrichtigen, wenn lediglich die äußere Isolierung einer Gasleitung aus Stahl oder die Wandung einer Gasleitung aus Kunststoff angekratzt wurde. Auch wenn keine direkte Beschädigung erkennbar ist, so kann es durch Korrosion oder Haarrisse zu schweren Störungen kommen. Eine Beschädigung einer Gasleitung oder eines Schutzrohrs darf nicht verharmlost werden. Eigenständige Reparaturversuche sind zu unterlassen.

Werden Beschädigungen nicht umgehend oder gar nicht gemeldet, kann dies zu Folgeschäden an den Gasanlagen führen. Sofort gemeldete Schäden können schnell, einfach und kostengünstig behoben werden. Später auftretende Folgeschäden sind mit einem erheblichen Mehraufwand zu beheben, der Verursacher hat für die Kosten der Reparatur aufzukommen.

4 Arbeiten in der Nähe von Freileitungen

Bei Arbeiten in der Nähe von Freileitungen sind besondere Maßnahmen erforderlich:
Werden die Schutzabstände von Freileitungen unterschritten, besteht **akute Lebensgefahr**.

4.1 Schutzabstände bei Freileitungen mit einer Spannung von:

bis 1.000 Volt	1,0 m nach allen Seiten
über 1.000 Volt bis 110.000 Volt	3,0 m nach allen Seiten
über 110.000 Volt bis 220.000 Volt	4,0 m nach allen Seiten
über 220.000 Volt bis 380.000 Volt	5,0 m nach allen Seiten
bei unbekannter Spannung	5,0 m nach allen Seiten

Die Schutzabstände müssen auch beim Ausschwingen von Lasten, Tragmitteln und Lastaufnahmernmitteln eingehalten werden. Zusätzlich ist auch das Ausschwingen der Leiterseile bei Wind zu berücksichtigen.

Bei unbekannter Spannungshöhe ist Auskunft über die Freileitung bei der Bayernwerk Netz GmbH oder bei dem zuständigen Netzbetreiber einzuholen.

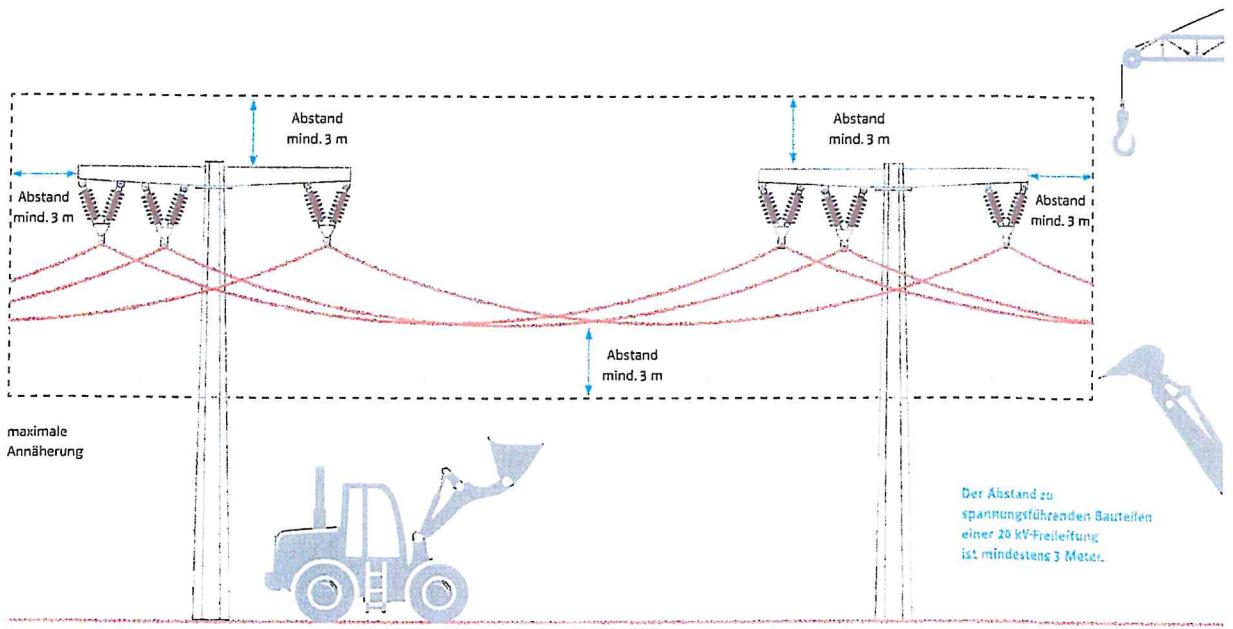
Die Bayernwerk Netz GmbH informiert über die Höhe der Spannung einer Freileitung, ebenso auch über den erforderlichen Schutzabstand und die zu treffenden Maßnahmen.

Ist der Netzbetreiber einer Freileitung nicht bekannt, kann dieser bei der Bayernwerk Netz GmbH erfragt werden.

4.2 Beispiel einer 20.000 Volt Freileitung ohne Windeinfluss

Abbildung 1:
Schutzabstand zu einer 20 kV-Leitung ohne Windeinfluss

Unterschreiten der
Schutzabstände bedeutet
akute Lebensgefahr!

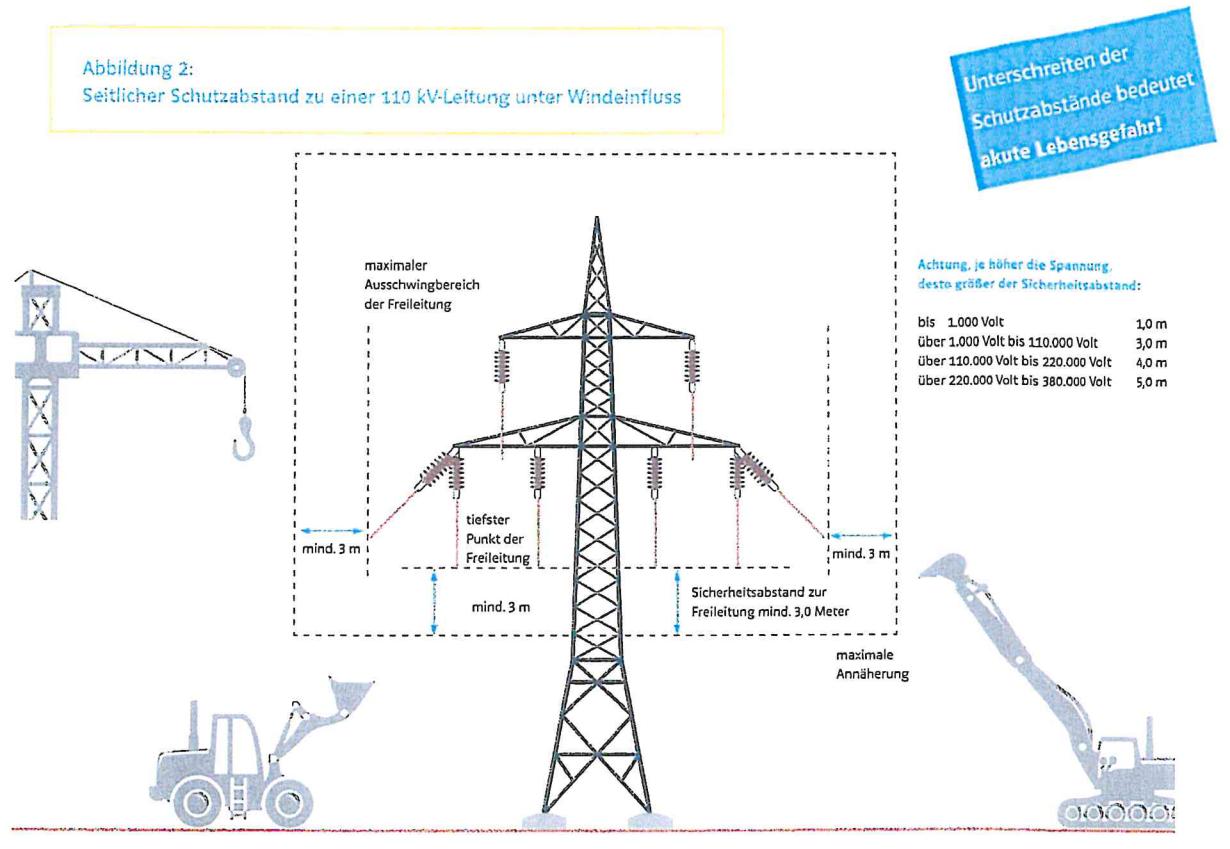


Darstellung nur schematisch, ohne Maßstab!

Bei Bauarbeiten und sonstigen nichtelektrotechnischen Arbeiten müssen stets 3,0 m Schutzabstand zum nächstgelegenen unter Spannung stehenden Teil bzw. Leiterseil eingehalten werden, zusätzlich ist das seitliche Ausschwingen der Leiterseile bei Wind zu berücksichtigen. Ebenso ist zu beachten, dass der Seildurchhang und der damit verbundene Bodenabstand zur Freileitung witterungs- und belastungsabhängig sind und sich erheblich ändern können. Deshalb ist grundsätzlich die Durchfahrtshöhe bzw. die max. Arbeitshöhe unter der Freileitung mit der Bayernwerk Netz GmbH abzustimmen.

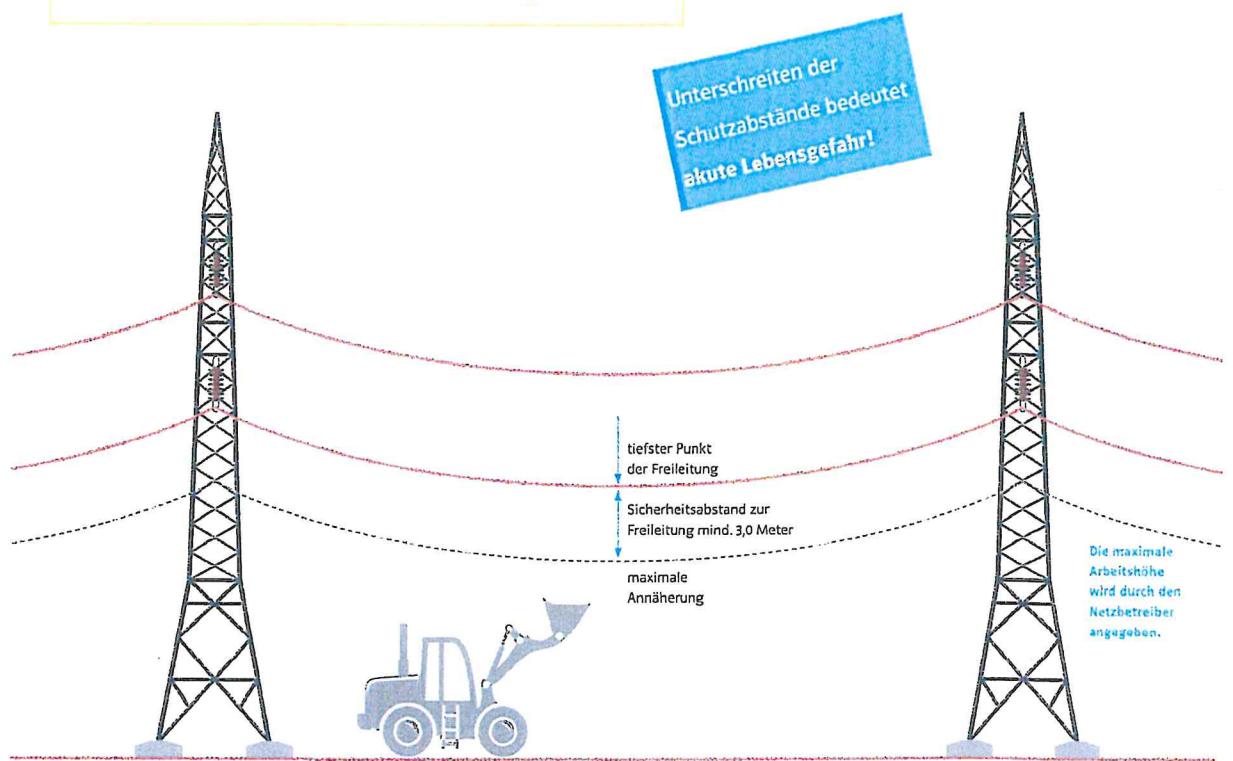
Der Schutzbereich einer 20kV-Freileitung beträgt 15m links und rechts der Leitungsachse. Sind in diesem Bereich Wohngebäude, Maschinen-/Lagerhallen, Fahrsilos, Hopfengärten, Straßen, Geländeaufschüttungen, Anpflanzungen usw. geplant oder sind Kran- oder Grabarbeiten in diesem Bereich nötig, ist auch hier grundsätzlich eine Anfrage bei der Bayernwerk Netz GmbH zu stellen.

4.3 Beispiel einer 110.000 Volt Freileitung mit Windeinfluss



Bei Bauarbeiten und sonstigen nichtelektrotechnischen Arbeiten müssen stets 3,0 m Schutzabstand zum nächstgelegenen unter Spannung stehenden Teil bzw. Leiterseil eingehalten werden. Zusätzlich ist das seitliche Ausschwingen der Leiterseile bei Wind zu berücksichtigen. Ebenso ist zu beachten, dass der Seildurchhang und der damit verbundene Bodenabstand zur Freileitung witterungs- und belastungsabhängig sind und sich erheblich ändern können. Deshalb ist grundsätzlich die Durchfahrtshöhe bzw. die max. Arbeitshöhe unter der Freileitung mit der Bayernwerk Netz GmbH abzustimmen.

Abbildung 3:
Maximale Arbeitshöhe unter einer 110 kV-Leitung



Darstellung nur schematisch, ohne Maßstab!

Der Schutzbereich einer 110 kV-Freileitung beträgt 50 m links und rechts der Leitungsachse. Sind in diesem Bereich Wohngebäude, Maschinen-/Lagerhallen, Fahrsilos, Hopfengärten, Straßen, Geländeaufschüttungen, Anpflanzungen usw. geplant oder sind Kran- oder Grabarbeiten in diesem Bereich nötig, ist auch hier grundsätzlich eine Anfrage bei der Bayernwerk Netz GmbH zu stellen.

4.4 Maßnahmen bei Annäherung an den Schutzabstand

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Personen, die im Bereich einer Freileitung arbeiten bzw. Baumaschinen bedienen, sich mehr auf die Bautätigkeit als auf die darüber liegende Leitung konzentrieren. Auch sind Abstände zur Freileitung nur schwer einzuschätzen.

Deshalb gilt:

- Vorsicht beim Unterfahren einer Freileitung, Ausleger/Kipper einfahren
- Vorsicht beim Bedienen von Baumaschinen (Bagger, Lader, usw.)
- Vorsicht beim Abladen mit einem Kipper
- Vorsicht bei Kranarbeiten, unkontrolliertem Ausschwingen von Lasten
- Vorsicht bei Gerüstbau und Bewegen von Roll- oder Fahrgerüsten

Damit gewährleistet ist, dass der Schutzabstand nicht unterschritten wird, sind wahlweise folgende Maßnahmen zu treffen.

- mit Sperrschanzen oder Absperrzaun den vorgegebenen Bereich absichern
- mit Höhenbegrenzungen die vorgegebene Durchfahrtshöhe absichern
- Aufstellen eines Schutzgerüsts (nur im spannungslosen Zustand der Freileitung und nur unter Aufsicht der Bayernwerk Netz GmbH möglich)
- den Schwenkbereich und die Laufkatze eines Baukrans so beschränken, dass ein Einschwenken in den Gefahrenbereich nicht möglich ist

Ist keine der aufgeführten Schutzmaßnahmen durchführbar, so ist mit Hilfe der Bayernwerk Netz GmbH eine gleichwertige Lösung auszuarbeiten.

4.5 Beschädigung, Berührung einer Freileitung

Für alle Personen, die sich an der Schadensstelle oder im Gefahrenbereich aufhalten, besteht **akute Lebensgefahr**.

Berührt ein Fahrzeug (Kipper, Kran, Bagger usw.) eine Freileitung oder kommt es zum Herabfallen von Leiterseilen, gilt Folgendes:

- Personen, die sich im näheren Umkreis befinden, dürfen sich auf keinen Fall dem verunfallten Fahrzeug oder einem auf dem Erdboden liegenden Leiterseil nähern, auch dann nicht, wenn davon ausgegangen wird, dass die Spannung abgeschaltet ist.
- Ruhe bewahren, nicht Aussteigen. Durch Wegfahren oder Schwenken des Auslegers versuchen, den Kontakt zur Freileitung zu unterbrechen. Personen, die sich dem Fahrzeug nähern, warnen und auf die gefährliche Situation aufmerksam machen.
- Kann der Kontakt mit der Freileitung und dem Fahrzeug nicht unterbrochen werden und ist ein Verbleib im Führerhaus nicht mehr möglich, ist das Fahrzeug mit geschlossenen Füßen und einem möglichst weiten Sprung zu verlassen. Ebenso ist das Entfernen von der Gefahrenstelle mit geschlossenen Füßen und mit Sprüngen fortzusetzen. Das gemeinsame Berühren von Fahrzeug und Erdboden kann zu einem tödlichen Stromschlag führen.
- Die Unfallstelle ist großräumig, mindestens in einem Umkreis von 20 m, abzusichern. Sind leitende Gegenstände wie z.B. Drahtzäune oder ähnliches im Unfallbereich, die eine Spannungsverschleppung zur Folge haben können, sind diese ebenso in die Absperrung / Absicherung mit einzubeziehen.
- Bereitschaftsdienst Strom anrufen 0941 / 28 00 33 66

Im Falle einer Körperdurchströmung (elektrischer Schlag) ist in jedem Fall ein Arzt aufzusuchen, um mögliche Beeinträchtigungen des Herzens auszuschließen (Spätfolgen möglich).

Abbildung 4:
Berühren einer 20 kV-Leitung beim Entleeren eines LKW



Darstellung nur schematisch, ohne Maßstab!

4.6 Beschädigung von Freileitungsmasten oder Erdungsanlagen

Werden Freileitungsmaste oder die dazugehörige Erdungsanlage beschädigt, ist aus Sicherheitsgründen und wegen der davon ausgehenden Gefahr direkt die Bayernwerk Netz GmbH zu verständigen.

4.7 Befestigungen an Freileitungsmasten

Jegliche Befestigung von Baustelleneinrichtungen oder Absperrungen an Freileitungsmasten oder an Freileitungsteilen ist verboten.

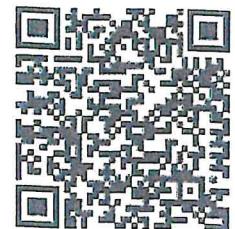


5 Übersicht Standorte Bayernwerk Netz GmbH

5.1 Übersichtskarte

Kontakt Adressen:

Hier finden Sie die Kontaktdaten und [Adressen](#) unserer Unternehmensleitung und den Regional- und Kundencentern im Versorgungsgebiet.



5.2 Unternehmensleitung

Bayernwerk Netz GmbH
Unternehmensleitung
Lilienthalstraße 7
93049 Regensburg
T 09 41-2 01-00
F 09 41-2 01-20 00

5.3 Unsere Kundencenter im Überblick

Kundencentersuche:

Das für das jeweilige Bauvorhaben zuständige Kundencenter mit den persönlichen Ansprechpartnern kann über unsere Postleitzahlenabfrage (Kundencentersuche) bequem selektiert werden.

Unsere Bayernwerk-Karte mit den jeweiligen Netz- und Kundencentergebieten stellen wir zusätzlich digital zur Verfügung.



Unsere Kundencenter in Unterfranken:

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Fuchsstadt
Industriestraße 6
97727 Fuchsstadt
T +49 97 32-88 87-0
Fuchsstadt@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Marktsteidenfeld
Am Dillberg 10
97828 Marktsteidenfeld
T +49 93 91-9 03-0
Marktsteidenfeld@bayernwerk.de

Unsere Kundencenter in Oberfranken:

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Bamberg
Hallstadter Straße 119
96052 Bamberg
T +49 9 51-3 09 32-0
Bamberg@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Kulmbach
Hermann-Limmer-Straße 9
95326 Kulmbach
T +49 92 21-8 08-0
Kulmbach@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Naila
Zum Kugelfang 2
95119 Naila
T +49 92 82-76-0
Naila@bayernwerk.de

Unsere Kundencenter in Oberpfalz:

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Parsberg
Lupburger Straße 19
92331 Parsberg
T +49 94 92-9 50-0
Parsberg@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Schwandorf
Ettmannsdorfer Straße 38/40
92421 Schwandorf
T +49 94 31-7 30-0
Schwandorf@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Weiden
Moosbürger Straße 15
92637 Weiden
T +49 9 61-47 20-0
Weiden@bayernwerk.de

Unsere Kundencenter in Niederbayern:

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Altdorf
Eugenbacherstraße 1
84032 Altdorf
T +49 8 71-9 66 39-0
Altdorf@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Regen
Pointenstraße 12
94209 Regen
T +49 99 21-9 55-0
Regen@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Eggenfelden
Landshuter Straße 22
84307 Eggenfelden
T +49 87 21-9 80-0
Eggenfelden@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Vilshofen
Bahnhofstraße 3
94474 Vilshofen
T +49 85 41-9 16-0
Vilshofen@bayernwerk.de

Unsere Kundencenter in Oberbayern:

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Ampfing
Mobil-Oil-Straße 34
84539 Ampfing
T +49 86 36-9 81-0
Ampfing@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Kolbermoor
Geigelsteinstraße 2
83059 Kolbermoor
T +49 80 31-80 99-0
Kolbermoor@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Freilassing
Alpenstraße 1
83395 Freilassing
T +49 86 54-4 92-0
Freilassing@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Penzberg
Oskar-von-Miller-Straße 9
82377 Penzberg
T +49 88 56-92 75-0
Penzberg@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Pfaffenhofen
Draht 7
85276 Pfaffenhofen/Ilm
T +49 84 41-7 50-0
Pfaffenhofen@bayernwerk.de

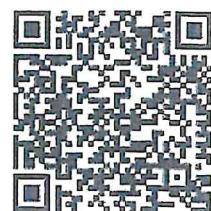
Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Taufkirchen
Karwendelstraße 7
82024 Taufkirchen
T +49 89-6 14 13-0
Taufkirchen@bayernwerk.de

Bayernwerk Netz GmbH
Kundencenter Unterschleißheim
Lise-Meitner-Straße 2
85716 Unterschleißheim
T +49 89-3 70 02-0
Unterschleissheim@bayernwerk.de

6 Wichtige Rufnummern auf einen Blick

Störungsnummer Gas: 09 41-28 00 33 55

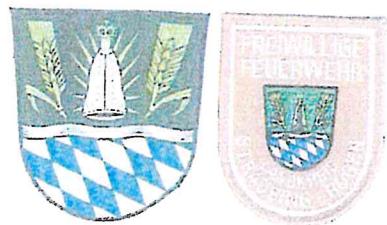
Störungsnummer Strom: 09 41-28 00 33 66



(Anrufe werden aus Sicherheitsgründen aufgezeichnet)



ALBERT
UTTENDORFER
KREISBRANDRAT



Albert Uttendorfer • Kreisbrandrat • Dekan-Seitz-Str. 21 • 94356 Kirchroth

Gemeinde Laberweinting
Landshuter Straße 32
84082 Laberweinting

Kirchroth, den
22. April 2024

Aktenzeichen:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Johann Grau,

anbei übersende ich Ihnen meine Stellungnahme zur Änderung des Flächennutzungs- mit Landschaftsplans durch Deckblatt Nr. 19 und Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- mit Grünordnungsplanes „SO Solarpark Poschenhof“ nach § 3 Abs. 1 Bau GB i. V. m. § 4 Abs. 1 Bau GB.

Zugänge und Zufahrten auf dem Grundstück

Sofern die bauliche Anlage mehr als 50 m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt liegt, sollte eine Feuerwehrzufahrt vorgesehen werden.

Bei großen Anlagen können Feuerwehrzufahrten auf dem Gelände selbst erforderlich werden. Hinsichtlich der Beschaffenheit ist die Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr (u.a. Gesamtmasse max. 16 Tonnen; Achslast max. 10 Tonnen) dabei einzuhalten.

Löschwasserversorgung:

Hier stellt sich die Frage, was an der baulichen Anlage selbst brennen kann? Auf Nachfrage bei den Herstellern bestehen solche Anlagen i.d.R. aus nichtbrennbaren Gestellen, den Solarpaneelen und Kabelverbindungen. Als Brandlast können hier die Kabel und Teile der PV-Module selbst angenommen werden. Zudem könnte es noch zu einem Flächen- (Rasen)brand kommen. Der Nachweis einer ausreichenden Löschwasserversorgung in Anlehnung an das DVGW-Arbeitsblatt W 405 erscheint daher entbehrlich. Hier sollte im Erstzugriff im Zuge der Alarmierungsplanung mindestens ein Löschgruppenfahrzeug mit einem Wassertank vorgesehen werden. Ggf. können zusätzliche Fahrzeuge mit Sonderlöschmitteln oder Sondergeräten erforderlich sein. In diesem Zusammenhang sind die Verhaltensregeln bei Bränden an elektrischen Anlagen (Strahlrohrabstände, Sicherheitsregeln, vgl. auch VDE 0132) einzuhalten.

Ansprechpartner:

Um einen Ansprechpartner im Schadensfall erreichen zu können, sollte am Zufahrtstor deutlich und dauerhaft die Erreichbarkeit eines Verantwortlichen für die bauliche Anlage angebracht sein und der örtlichen Feuerwehr mitgeteilt werden. Adresse und Erreichbarkeit des zuständigen Energieversorgungsunternehmens sollte bei der Alarmierungsplanung hinterlegt werden.

Organisatorische Maßnahmen:

Bei Photovoltaikanlagen im Freigelände handelt es sich i.d.R. immer um größere (flächige) bauliche Anlagen. Wegen der Besonderheiten dieser Anlagen sollte ein Feuerwehrplan nach DIN 14 095 hierfür vom Betreiber in Absprache mit der zuständigen Feuerwehr erstellt und der örtlichen Feuerwehr zur Verfügung gestellt werden. In den Plänen sollte die Leitungsführung bis zum/zu den Wechselrichter/-n und von dort bis zum Übergabepunkt des Energieversorgungsunternehmens erkennbar sein. Hinsichtlich einer eventuellen Objektplanung (Alarmplanung) sollte eine eindeutige AlaramAdresse von der Gemeinde zugeordnet werden. Ggf. kann man für die gewaltlose Zugänglichkeit in Absprache mit der örtlichen Feuerwehr noch ein Feuerwehr-Schlüsseldepot Typ 1 (nicht VdS-anerkannt) am Zufahrtstor vorsehen.

Mit freundlichen Grüßen



Albert Uttendorfer
Kreisbrandrat des Landkreises Straubing-Bogen

Sabine Zellmeier

Von: Planauskunft Leonet <planauskunft@leonet.de>
Gesendet: Montag, 22. April 2024 11:31
An: Sabine Zellmeier
Betreff: AW: Bauleitplanung, FPlan D 19, Bebplan "SO Solarpark Poschenhof", frühzeitige Beteiligung
Anlagen: Bestandsplan Laberweinting - Leitersdorf.pdf; Bestandsplan Laberweinting - Poschenhof.pdf; Ergänzung Laberweinting.PNG

Sehr geehrte Frau Zellmeier,

im von Ihnen angefragten Gebiet bei Laberweinting – Poschenhof befindet sich eine Trasse der LEONET GmbH.

Anbei finden Sie die Dateien.

Aufgrund teils fehlender Einmessdaten (sehen Sie bitte hierzu den Anhang Ergänzung Laberweinting) können wir Ihnen hier leider keine detailliertere Auskunft erteilen. Für die genaue Lage wird keine Gewähr übernommen.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Bielmeier
Deployment Coordination Bayern
Edlmairstr. 1 | 94469 Deggendorf



INFRAFIBRE NETWORKS GmbH
Hauptsitz: Edlmairstr. 1 | 94469 Deggendorf

Fon +49 151 1881 7537
daniela.bielmeier@leonet.de

Sitz der Gesellschaft: 94469 Deggendorf | Amtsgericht Deggendorf HRB 4071
Ust.-Ident-Nr.: DE29 5185 357

EIN UNTERNEHMEN DER INFRAFIBRE GERMANY

Von: Sabine Zellmeier <Sabine.Zellmeier@laberweinting.de>
Gesendet: Montag, 22. April 2024 10:42
Betreff: Bauleitplanung, FPlan D 19, Bebplan "SO Solarpark Poschenhof", frühzeitige Beteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Bitte um Stellungnahme zu o. g. Bauleitplanung bis spätestens 11.06.2024.

Die Unterlagen können unter folgendem Link abgerufen werden:

<https://www.kommsafe.de/public/download-shares/0YZAcFBSfZBYt91s1ShALzHEMT9mrCRY>

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Zellmeier



GEMEINDE
LABERWEINTING

Landshuter Straße 32
84082 Laberweinting
T +49 (0)8772 / 9619-20
F +49 (0)8772 / 9619-30
sabine.zellmeier@laberweinting.de
www.laberweinting.de



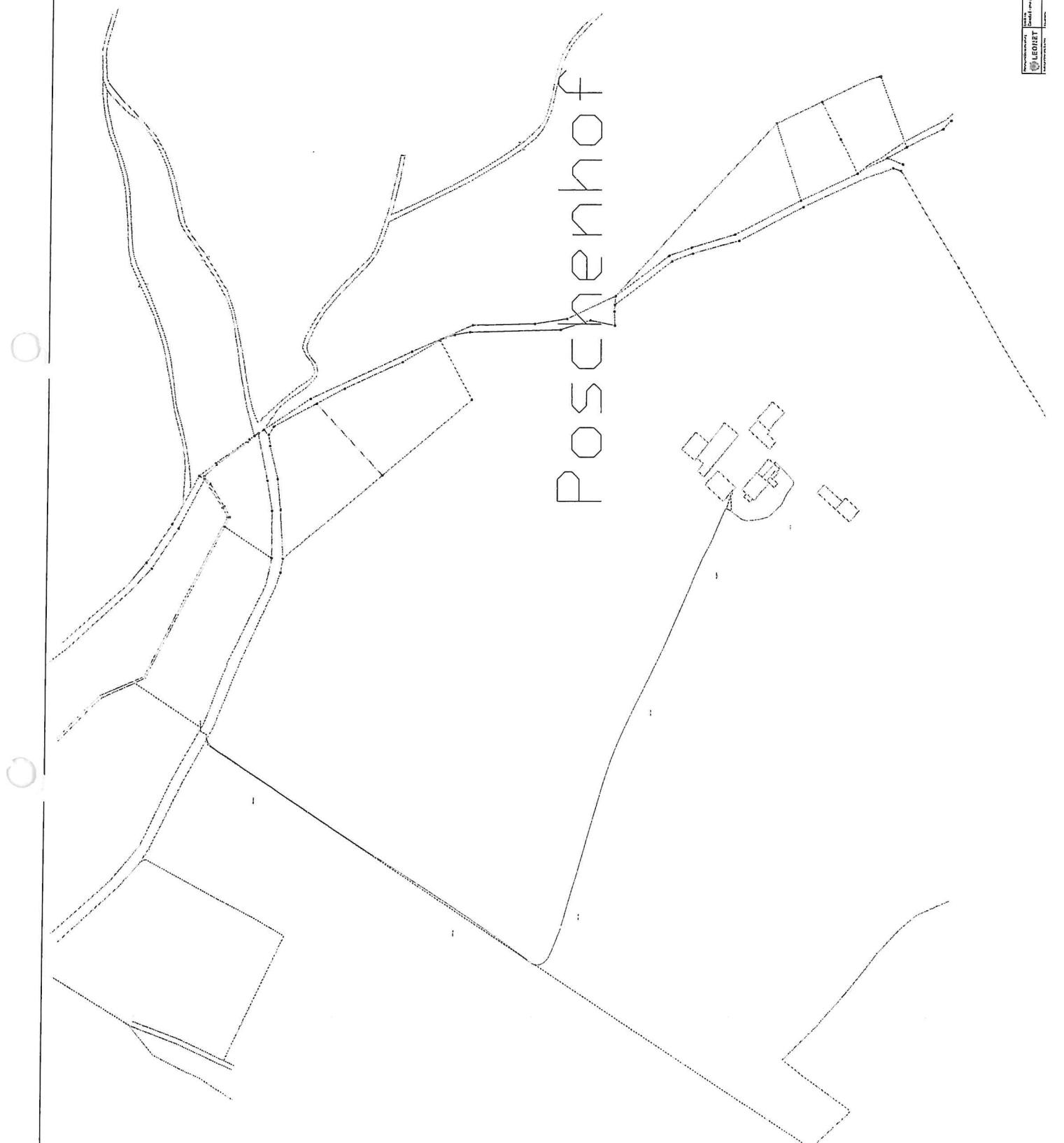
Sparkasse Landshut
IBAN: DE36 7435 0000 0005 3013 00 BIC: BYLADEM1LAH



Raiffeisenbank Geiselhöring-Pfaffenberge eG
IBAN: DE78 7436 9088 0000 0400 02 BIC: GENODEF1GPF



A



LEGENDE:

- Landbouwgrond
- Water en natte grond
- Erfdeel
- Weg
- Wijngaard
- Wijngaard
- Wijngaard

LEONET

